

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.

Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Stottbuserdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate pro vierstellige Zeile 30 Pf. Stellungsliste 20 Pf.; für Verbandsmitglieder 20 Pf. Verbandsangelegenheiten 10 Pf. Privatangelegenheiten ist der Betrag beizufügen

Nr. 42.

Berlin, den 19. Oktober 1907.

23. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Verbandstag in Nürnberg hat beschlossen, daß eine größere Zahl vom Verband besoldeter Beamten angestellt werden soll. Verbandsvorstand und Ausschuß sind übereingekommen, zunächst zwei Beamte anzustellen, wovon der eine seinen Sitz in Hamburg, der andere seinen Sitz in Nürnberg haben soll.

Der Beamte in Hamburg soll, soweit dies möglich ist, die Geschäfte des ersten Bevollmächtigten und ersten Kassierers der zukünftigen vereinigten Zahlstelle Hamburg-Altona ausführen, sowie die Leitung der Agitation und Verwaltungs geschäfte im 6. Gau ausüben. In ähnlicher Weise ist die Tätigkeit des Beamten in Nürnberg für die zukünftig verschmolzene Zahlstelle Nürnberg-Fürth bzw. für den 16. Gau gedacht.

Außer den beiden vorstehend genannten Beamten erweist sich, nach der übereinstimmenden Ansicht des Verbandsvorstandes und Ausschusses, die Anstellung eines weiteren ständigen Beamten auf dem Bureau des Verbandsvorstandes als notwendig. Wir bringen hiermit alle drei Stellen zur Ausschreibung.

Zulässig als Bewerber sind alle Verbandsmitglieder, sofern sie der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig und in Verwaltungsarbeiten bewandert sind, sowie rednerische, agitatorische und organisatorische Befähigung besitzen.

Das Gehalt der neu anzustellenden 3 Beamten beträgt im ersten Jahre 1800 Mk. und steigt in den nächsten 3 Jahren um je 100 Mk.; von da ab jährlich um 50 Mk., bis zum Höchstgehalt von 2400 Mk. pro Jahr. Im übrigen gelten die Anstellungsbedingungen, wie sie vom Verbandstag in Dresden festgelegt, vom Verbandstag in Nürnberg dann bestätigt wurden und im Protokoll vom Dresdener Verbandstag auf Seite 193/194 enthalten sind. Solchen Bewerbern jedoch, die bereits ähnliche Stellen innegehabt und ein höheres Gehalt bezogen haben, kann ein höheres als das oben angegebene Anfangsgehalt bezahlt werden.

Die Bewerber um die ausgeschriebenen Stellen wollen einen gedrängten Lebenslauf und eine kurze Denkschrift, unter Behandlung des Themas: „Welche Aufgaben hat ein Verbandsbeamter zu erfüllen?“

bis spätestens zum 11. November d. J. an unterzeichneten Vorstand einsenden.

Die Besetzung der Stellen ist für den 1. Januar 1908 in Aussicht genommen, kann aber auch zu einem etwas späteren Zeitpunkt erfolgen, falls besondere Gründe hierfür vorliegen sollten.

Es steht den Bewerbern frei, ihre Wünsche bezüglich der ausgeschriebenen Stellen vorzutragen: ob auf die Anstellung im Hauptbureau oder in Hamburg bzw. Nürnberg reflektiert wird. Soweit bei einer etwaigen Anstellung solche Wünsche berücksichtigt werden können, wird das geschehen, doch müssen Verbandsvorstand und Ausschuß sich die Entscheidungsfreiheit im Interesse der Sache wahren.

Wir wünschen, daß sich recht viele fähige Kollegen um die ausgeschriebenen Stellen bewerben, und da die Absicht besteht, in absehbarer

Zeit weitere Verbandsbeamte anzustellen, so liegt die Möglichkeit vor, geeignete Bewerber, die diesmal nicht mit berücksichtigt werden können, für später vorzumerken.

2. An diejenigen Zahlstellen und Gaue, die eine Abrechnung für das verlossene 3. Quartal entgegen den statutarischen Bestimmungen noch nicht an uns eingeliefert haben, richten wir das dringende Ersuchen, sofort das Versäumte nachzuholen.

3. Der Zahlstelle Berlin ist die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags von 5 Pf. von den Mitgliedern der 1. und 2. Beitragsklasse und von 10 Pf. von den Mitgliedern der 3. und 4. Beitragsklasse erteilt worden. Der Zahlstelle Bremen wurde die Zustimmung zur Erhebung eines Lokalbeitrags von 10 Pf. und der Zahlstelle Darmstadt zur Erhebung eines Lokalbeitrags von 5 Pf. pro Woche erteilt.

4. Die Berichtskarten für das Kaiserliche Statistische Amt sind trotz mehrfacher Aufforderung an dieser Stelle von den Zahlstellen Aachen, Bromberg, Eßlingen, Halle a. S., Hamburg, Herford, Hildesheim, Kattowitz, Kaufbeuren, Kiel, Konstanz, Krefeld, Plauen, Posen und Potsdam-Nowawes nicht eingeliefert worden. Es mußten deshalb diese Zahlstellen, die 835 männliche und 443 weibliche, zusammen 1278 Mitglieder umfassen, bei der Zusammenstellung unberücksichtigt bleiben.

Gegenüber den letzten Zusammenstellungen sind die vorhandenen Lücken also ganz bedeutend größere, was wir an dieser Stelle mit Bedauern feststellen.

Wir bitten die Bevollmächtigten dringend, dieser Berichterstattung künftig mehr Interesse zuwenden zu wollen.

Der Verbandsvorstand.

Zur Anstellung weiterer Verbandsbeamten.

Wie aus der Bekanntmachung in dieser Nummer hervorgeht, hat der Verbandsvorstand in Ausführung eines Beschlusses unseres letzten Verbandstages die Anstellung neuer Beamten beschlossen und dazu die Zustimmung des Ausschusses gefunden.

Schon bald nach dem Verbandstag haben wir uns mit der wichtigen Angelegenheit befaßt und in mehreren nachfolgenden Sitzungen erwogen, in welcher Weise am zweckmäßigsten der Wunsch vieler Mitglieder, Zahlstellen und Gaue erfüllt werden könnte, möglichst zu jeder Zeit bei wichtigen Anlässen einen unabhängigen Mann zur Verfügung zu haben, der ihnen mit Rat und Tat beistehen kann. Wir sind uns mit dem Ausschuß darüber schlüssig geworden, das ganze Reich in Agitationsbezirke einzuteilen, deren jedem ein besoldeter Agitationsleiter vorstehen soll. Hierbei müssen die Besonderheiten unseres Gewerbes in Rücksicht gezogen werden, die es mit sich bringen, daß in manchen Landstrichen große Massen von Berufsangehörigen zusammengeballt sind, während in anderen Provinzen solche nur in geringer Zahl verstreut sich finden. In manchen Städten mit vielen Berufsangehörigen wird mit jedem weiteren Jahre die Anstellung eines Kollegen, der sich berufsmäßig der Verwaltungsgeschäfte der Zahlstelle

irridmen kann, eine zwingende Notwendigkeit, wogegen in anderen Orten an eine solche Möglichkeit, infolge der Kleinheit unserer Industrie, nicht zu denken ist. Wir mußten daher nach einem System suchen, das sowohl für die Kollektenschaft größerer als auch kleinerer Städte einen Nutzen brachte.

Wir glauben ein solches System gefunden zu haben, indem in den größeren Zahlstellen ein besoldeter Kollege als Geschäftsführer angestellt wird, dem außerdem ein größerer Bezirk zur agitatorischen und organisatorischen Bearbeitung zugewiesen wird. In großen Zahlstellen, die mehr als einen Beamten haben, wird einem derselben die Tätigkeit als Bezirksleiter übertragen. Andererseits werden einige Agitationsbezirke mehr wie einen der jetzigen Gaue umfassen, wodurch zum Teil eine neue Gaueinteilung notwendig werden wird. Der vorstehende Plan ist zwar in seinen Umrisen vom Verbandsvorstand und Ausschuß gutgeheißen, doch ist er noch nicht in allen Einzelheiten festgelegt, weshalb wir uns nähere Ausführungen hier verjagen müssen.

Es mag nun bei vielen ein Zweifel aufstehen, ob die vorgezeichneten Beamten die ihnen zugeordneten Arbeiten auszuführen imstande sein werden und ob sie nicht vielmehr von vornherein ein überlastetes Amt übernehmen. Solchen Bedenken gegenüber sei zunächst bemerkt: besser überhaupt ein Beamter als gar keiner. Weiter verweisen wir auf unsere bezüglichen Ausführungen im Jahresbericht 1906, allwo es u. a. auf Seite 115 heißt: „Findet der Vngestellte nicht die unablässige und unermüdete Mitarbeit der Kollegenchaft in reichem Maße, so wird er in Kleinarbeit ersticken und nicht seiner Aufgabe als Berater, Lehrer und geistiger Leiter der ganzen Bewegung gerecht werden können.“

Entsprechend diesen Worten, die wir vollkommen aufrecht erhalten, hängt es also von der Einsicht des Mitgliedes und der Energie der An-gestellten ab, ob der Wille des Verbandstages, durch einen größeren Beamtenstab die Agitation intensiver betreiben, die Verwaltungsgeschäfte besser ausführen und Lohnbewegungen sachgemäß leiten zu können, lebendige Wirklichkeit erlangt. Es ist sicher nicht die geringste Aufgabe eines Verbandsbeamten, für die Heranbildung frischer Kräfte aus der Kollegenchaft zu sorgen, die ihn bei seiner Abwesenheit oder bei einer Säufung der Geschäfte zu vertreten vermögen. Auf dieser Voraussetzung ist unser Plan mit begründet.

Zu der Anstellung eines weiteren Beamten auf dem Verbandsbureau, der übrigens dem Verbandsvorstand nicht angehören wird und nach dem Statut nicht angehören kann, bedarf es keiner weiteren Bemerkung, als daß durch die Anstellung eines ständigen Beamten nur das Provisorium eines Hilfsarbeiters, der bisher schon den größten Teil des Jahres beschäftigt werden mußte, dadurch beseitigt wird.

Es soll uns freuen, wenn recht viele, tüchtige, fähige Kollegen, die den Wunsch haben, dem Verbands nach Kräften zu nützen, in untern Reihen vorhanden sind und sich um die ausgeschriebenen Stellen bewerben.

Der Verbandsvorstand.

Gemeinschaftliche Sitzung der Vertreter des Buchbinder-Verbandes und des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer.

Wie die Leser aus Nr. 40 der „Buchbinder-Zeitung“ wissen, war seitens unseres Verbandsvorstandes eine gemeinsame Sitzung mit dem Vorstand des Verbandes Deutscher Buchbindereibesitzer beantragt worden. Daraufhin lief am 2. Oktober eine Einladung seitens des letztgenannten Verbandes zu einer für den 9. Oktober im Buchgewerbehause anberaumten Sitzung auf unserem Verbandsbureau ein. Die von unserer Seite gewünschte Tagesordnung wurde gleichfalls in diesem Schreiben mitgeteilt.

Die Sitzung hat darauf am 9. Oktober stattgefunden und nahm daran prinzipalsteilhaft die Herren Frißsche, Hoffmann, Sperling, Vongars, Friedrich und Köllner, sämtlich aus Leipzig, ferner die Herren Koch und Grönlund-Stuttgart und Herr Lüderitz-Berlin, während von Arbeitnehmerseite Kollege Kloth vom Verbandsvorstand und die Kollegen Wienick und Herzog-Berlin, Zinke, Göthe und Wägel-Leipzig sowie Lender und Decker-Stuttgart von den Tarifkommissionen genannter Städte erschienen waren.

Nach den üblichen Eröffnungsformalitäten nahm zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Die Mittel, welche angewandt werden müssen, um die allgemeine Einführung des Tarifs innerhalb und außerhalb der Städte Berlin, Leipzig und Stuttgart zu ermöglichen,“ zunächst Kollege Kloth das Wort, indem er unseren Wunsch auf Einberufung einer gemeinschaftlichen Sitzung begründete und dann des näheren auf eine von unseren Vertretern eingereichte Resolution einging, die folgenden Wortlaut hatte:

Resolution.

Der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer und der Deutsche Buchbinderverband sind der Überzeugung, daß zur wirksamen Durchführung des in § 9 des Tarifvertrages vom 27. Juli 1906 ausgesprochenen Wunsches des Arbeitgeberverbandes: „nach Kräften zur Verbesserung der Arbeiter- und Lohnverhältnisse aller Arten beizutragen“ und in der Erkenntnis, daß „dies nur durch vertrauensvolles Zusammenarbeiten beider Verbände möglich ist“, folgende Maßnahmen notwendig sind:

1. Das Tarifamt hat alle diejenigen Bestrebungen zu fördern, welche auf eine Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse besonders in denjenigen Orten gerichtet sind, welche nicht der Tarifgemeinschaft angehören. Es kann dies durch geeignete Mundgebungen seitens des Tarifamts, durch periodische Veröffentlichung der tarifreinen Firmen und durch Einwirkung auf die betreffenden Arbeitsnachweise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dahingehend geschehen: für tarifunfreie Arbeitgeber oder Arbeitnehmer Arbeiter bezw. Stellen nicht zu vermitteln.

2. Das Tarifamt hat regelmäßige Sitzungen und nach Bedarf außerordentliche Sitzungen abzuhalten, in denen vorstehend genannte und alle sonst aus dem Tarifvertrag entspringende Aufgaben erledigt werden.

Zu diesen Aufgaben gehört auch die Vorbereitung der gemeinsamen Sitzungen der Vertreter beider Verbände.

Kloth wies darauf hin, daß zur Verwirklichung des im Tarifvertrag ausdrücklich hervor-gehobenen Gedankens beiderseitigen Zusammenarbeitens zum Zwecke der Ausbreitung des Tarifs und tariflicher Verhältnisse blutwenig geschehen sei. Das möge wohl zum Teil auf die innerhalb der Arbeitgebererschaft vorhandenen zweierlei Strömungen zurückzuführen sein, deren eine, die sogenannte scharfmacherische, ihren Ausdruck in dem Statutenentwurf des Arbeitgeberverbandes im Buchbindergewerbe gefunden habe. In diesem Entwurf werde ja unumwunden ausgesprochen: „Ein Arbeiterausstand ist stets als unberechtigt anzusehen, wenn die Garantie des Durchschnittslohnes oder Einführung eines Minimallohnes erzwungen werden soll,“ während gerade seitens des Vorstandes des Buchbindereibesitzerverbandes von uns aller Orten die Einführung des Dreistädteparits, der doch auch Minimalhöhe

enthalte, verlangt werde. Letzteres könne allerdings von uns noch nicht unbedingt versprochen werden, denn dazu liegen die Verhältnisse noch zu verschieden; es müsse daher zunächst eine mögliche Gleichmäßigkeit der Lohn- und Arbeitsbedingungen angestrebt werden, damit eine strubbellose Konkurrenz nicht auf Grund schlechter Arbeitsbedingungen das Gewerbe ruinieren könne. Der Buchbinderverband habe auch im verfloffenen Jahre, d. h. seit dem Abschluß des Vertrags vom 27. Juli 1906, sein möglichstes getan und er wünsche nur, in diesem seinen Bestreben mehr als bisher vom Arbeitgeberverband unterstützt zu werden durch geeignete Maßnahmen, die vielleicht den in der Resolution angeführten entsprechen könnten. Verhehlen dürfe er die von Provinzkollegen geäußerten Befürchtungen nicht, daß der Arbeitgeberverband, anstatt fördernd unsere im Sinne des Tarifvertrages gelegenen Bestrebungen zu unterstützen, durch Beeinflussung der Provinz-Prinzipale uns gar Schwierigkeiten bereiten täte. Die anwesenden Arbeitnehmervertreter erwarten zwar solches nicht und hoffen, daß die Prinzipale nicht auf ihrem Standpunkt: entweder die Einführung des Dreistädteparits oder nichts, bestehen würden, sondern sie wünschten die Mitarbeit derselben an der Hebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller Orten. Ein solches Verlangen würde nicht etwa aus rein humanitären Gründen an die Prinzipale gestellt, sondern in dem Bewußtsein, daß das rein geschäftliche Interesse derselben hierbei auf seine Rechnung komme. Dann kurz zusammengefaßt: Je höher die Löhne und je besser die Arbeitsbedingungen außerhalb der Tarifstädte, um so weniger sei von dort eine Schmutzkonkurrenz zu befürchten. Ein besonderer Wert müsse auch auf den zweiten Punkt der vorgeschlagenen Resolution gelegt werden, da bei dem jetzigen Modus der gemeinsamen Sitzungen an ein fruchtbares Ergebnis derselben nicht zu denken sei, weil die gestellten Anträge erst in den Sitzungen selbst zur Kenntnis der Teilnehmer gelangten und eine gründliche Vorberatung derselben daher ausgeschlossen sei. Diesem Uebelstand abzu- helfen, wäre der 2. Punkt der Resolution sicher geeignet.

Herr Kommissionsrat Frißsche betonte demgegenüber, daß es den Arbeitgebern nicht so sehr auf die Gleichmäßigkeit der Löhne in allen Städten ankomme, denn sie sähen ein, daß das nicht so ohne weiteres ginge und eine Senkung der Löhne in rückständigen Gegenden an sich im Sinne der Tarifgemeinschaft gelegen sei, wenn auch nicht sofort die Minimalhöhe des Tarifs dabei erreicht würden. Aber man vermisse in den Tarifabschlüssen des Buchbinderverbandes die einheitliche Grundlage, wie sie gewissermaßen doch in den „Allgemeinen Bestimmungen“ des Tarifs — abgesehen von den Minimallöhnen — gegeben sei. So würde in einzelnen Tarifen z. B. die Affordarbeit verboten, ferner wären die Tarifverträge vielfach erst nach Abschluß derselben eingereicht worden; im übrigen könne er die eingebrachte Resolution auch seinen Kollegen zur Annahme empfehlen. Nachdem noch verschiedene der Herren in der Diskussion das Wort ergriffen hatten, wurde die Resolution einstimmig angenommen. Festgestellt wurde hierbei: Das Tarifamt ist zuständig auch für solche Fälle, die aus Orten außerhalb des jetzigen Tarifgebietes (Berlin, Leipzig und Stuttgart) seiner Entscheidung unterbreitet werden. Ferner: Die Tariffchiedsgerichte müssen auch über solche Streitfragen ihr Urteil fällen, die aus sogenannten „Nichtverbandesfirmen“ (d. h. die nicht dem Verband deutscher Buchbindereibesitzer angehören) vor ihr Forum gebracht werden. Dies auszusprechen war um so notwendiger, als in Berliner Prinzipalstreifen sich die gegenseitige Auffassung stark breit machte und es war erfreulich, daß gerade Herr Kommissionsrat Frißsche dieser Auffassung entschieden entgegen trat, indem er zugleich Herrn Lüderitz ersuchte, seinen Einfluß geltend zu machen, um die Berliner Prinzipale eines besseren zu belehren. Denn — führte Herr Frißsche aus — wenn auch „Nichtverbandesfirmen“ in Frage kommen sollten, so sind das für den Buchbinderverband noch keine solchen, weil dieser ja seine Mitglieder dort stehen hat

und daher wünschen muß, daß ihnen die Wohltat genereller Rechtsprechung zuteil wird. — Dem versprach Herr Lüderitz nachzukommen.

Beim 2. Punkt der Tagesordnung: „Provisorische Festsetzung neuer Affordpositionen, soweit sie durch Veränderung der Arbeitsmethoden oder Einführung neuer Maschinen entstanden sind,“ wurden mannigfache Wünsche vorgetragen. Zuerst kam die Fertigmache- oder Einlegemaschine an die Reihe, bezüglich der unsere Vertreter den Antrag stellten, mindestens zwei männliche Arbeiter mit dem Minimallohn der Phönixpresse für deren Bedienung im Tarif vorzusehen; das weitere Personal dürfe aus weiblichen Arbeitskräften bestehen. Dem meinten die Arbeitgeber nicht zustimmen zu können. Wohl hielten sie die Forderung bezüglich der zwei männlichen Arbeiter für berechtigt, jedoch könne man nur für einen derselben den Phönixpresserlohn bewilligen, für den zweiten aber nur einen „angemessenen“ Lohn, der also nicht unter dem Minimallohn für Gehilfen betragen darf. Die endgültige Erledigung des Antrages wurde ebenso wie die nachfolgenden Anträge dem Tarifamt überwiesen.

An der neuerfundenen Schnittmaschine wurde von unseren Vertretern lebhaft für die Bedienung durch männliche Arbeiter mit Phönixpresserlohn plädiert, doch wollten sich die Arbeitgeber nicht darauf einlassen, da die Arbeit als qualifizierte nicht anzusehen sei.

Wegen der bald zu erwartenden Einführung von Klebmaschinen wurde unsererseits der Lohn für Maschinenarbeiterinnen für die bedienenden Arbeiterinnen in Vorschlag gebracht.

Betreffs Einhängens von Broschüren in gemutete Umschläge wurde unsererseits eine besondere Position gewünscht, während die Arbeitgeber meinten, daß aus den vorhandenen Positionen mit den gleichfalls für ähnliche Arbeiten festgesetzten Zuschlägen auszukommen sei. — Das Tarifamt soll weiter darüber beraten.

Daselbe Schicksal widerfuhr den vorgeschlagenen Preisfäken für Separationen mit gemuteten Klappen, da hierüber die Prinzipale erst Informationen einziehen müßten.

Auch mit dem Antrag: „Bei Broschüren, die nur auf einer Seite angepappt werden, sind für das Anpappen zwei Drittel des Preises wie bei auf beiden Seiten angepappten Broschüren zu zahlen,“ wurde so verfahren, obgleich die Berechtigung des Antrages im Prinzip von den Arbeitgebern anerkannt wurde.

Punkt 3 der Tagesordnung: „Das Aussehen des Personals in geschäftsförmiger Zeit,“ gab unseren Vertretern Veranlassung, viele Klagen über die Nichtachtslosigkeit mancher Werkführer vorzubringen, die auch in der höchsten Sauregurfenzeit das tägliche zweimalige Erscheinen der Ausgehenden verlangten. Die Prinzipale erklärten, daß ihnen hiervon nichts bekannt sei, doch würden sie den Wünschen der Arbeiterschaft möglichst entgegenkommen suchen und wochenweise und gleichmäßig abwechselnd das Personal anschieben lassen, wenn Arbeitsmangel vorhanden sei, damit die unfreiwillige Mußzeit von den Arbeitern besser im eigenen Interesse durch Gartenarbeiten usw. ausgekostet werden könnte, als ihnen dies bei täglichem Erscheinen im Geschäft möglich sei.

Unter Punkt 4 der Tagesordnung: „Sonnige Angelegenheiten“ wurde auf die Unterbezahlung des Fertigmachens für Schulbücher in einer Leipziger Firma hingewiesen, was unter Hinweis auf diese Konkurrenz eine andere Leipziger Firma veranlaßte, gleichfalls unter Tarif zu zahlen. Mit Nachdruck erklärten die Arbeitgeber, auch das Fertigmachen der Schulbücher falle unter tarifmäßige Bezahlung; sie wären bereit, wenn alle gültigen Mittel bei der bewußten Firma nichts nützen sollten, die deswegen streikenden Kollegen sofort in ihre Betriebe einzustellen. Dem in einem solchen Falle sei energisches Vorgehen angebracht. Auch die zweite Firma müsse zur Anerkennung des Tarifs für Schulbücher gezwungen werden.

Da auf einen besonders krassen Fall einer Entlassung bei der Firma E. wegen Verurteilung des Schiedsgerichts in Leipzig hingewiesen

werden konnte, der erst in jüngster Zeit vorgekommen war, so verlangten unsere Vertreter Garantien dafür, daß solches nicht wieder vorkäme, da sonst das Vertrauen zu den Schiedsgerichten völlig verloren gehen müßte, indem durch dieselben doch eigentlich die gewerblichen Streitigkeiten ihre Schärfe verlieren und sozusagen als häusliche Angelegenheiten betrachtet und schließlich friedlich erledigt werden sollten. Es muß anerkannt werden, daß die Herren Arbeitgeber diesen Standpunkt nicht nur teilten, sondern daß auch der Herr Kommissionsrat Frißhake den Vorschlag machte, durch ein entsprechendes Zirkular des Vorstandes des Verbandes deutscher Buchbinderbesitzer an seine Mitglieder auf diesen Charakter der Tarifschiedsgerichte hinzuweisen, was allseitig gutgeheißen wurde.

Von unseren Vertretern wurde dann noch die kollektive Haftbarmachung ganzer Arbeitergruppen in einem Geschäft für vorgekommene Fehler bemängelt, ohne daß auch nur die Schuld der Betroffenen nachgewiesen werden könnte.

Eine nicht unwichtige Rolle spielte bei den Verhandlungen die tarifswidrige Bezahlung mancher Arbeiterinnen bei der Firma „Union“ Stuttgart, soweit Akfordarbeiten in Frage kommen. Besonders in der sogenannten „Lehrmittelsabteilung“ genannter Firma, die erst seit ungefähr Jahresfrist eingerichtet sei, kämen Unterbezahlungen des Tarifs bis zu 50 Proz. vor. Auch hierzu gaben die Prinzipale die Erklärung ab, daß es durchaus nicht in ihrer Absicht liege, der „Union“ eine solche Ausnahmestellung zuzubilligen. Sie wären daher bereit, uns bei einem etwaigen Vorgehen gegen die tarifswidrige Bezahlung der „Union“ zu unterstützen; wir sollten zunächst nur in der üblichen Weise Verringerung zu schaffen suchen, und wenn ihr Eingreifen sich dann als nützlich und notwendig erweise, so würden sie ihr Versprechen einlösen.

Einige in den Tarif versehentlich hineingekommene Fehler betreffs der Positionen für Kalendermacher wurden als Verbesserungsbedürftig anerkannt, doch wurde die Regelung aus formellen Gründen dem Tarifamt überwiesen.

Ein Berliner Vertreter brachte sodann noch die Verschlechterung der Position 328 (Beschneiden) gegen den früheren Tarif zur Sprache und erbot sich, Beweise dafür beizubringen; auch hiermit soll sich das Tarifamt befassen.

Damit hatte die Sitzung nach ungefähr dreistündiger Dauer ihr Ende erreicht. Aus dieser kurzen Dauer darf man aber nicht auf den Wert oder Unwert der Sitzung Schlüsse ziehen, denn trotzdem wurden die Verhandlungen nicht im „Schnaufsel“-Tempo geführt. Mit dem Verlauf der Sitzung kann man im allgemeinen zufrieden sein, wenn sich die Erwartung erfüllt, daß die Beschlüsse im praktischen Leben lebendige Gestalt gewinnen. Wir wollen uns nicht von vornherein mit Zweifeln erfüllen, sondern auch von unseren Kontrahenten hoffen, daß die Wahrung der gemeinsamen Interessen sie ein gut Stück Weges mit uns gehen läßt. Und auch dort, wo die Gegensätze aufeinanderprallen, braucht ja dies nicht in der schroffsten Form von beiden Seiten zu geschehen, sondern kann sehr wohl durch konventionelle Höflichkeit gemildert werden. Will man aber dem letzteren Moment eine gewisse Bedeutung für ein zukünftiges besseres Verhältnis der beiden im Vertragsverhältnis stehenden Verbände zumessen, so hat die gemeinsame Sitzung unzweifelhaft eine gewisse symptomatische Bedeutung, zu der die durchaus einmündige Leitung der Verhandlungen durch Herrn Kommissionsrat Frißhake mit beigetragen hat.

Arbeiterversicherung u. Gesundheitswesen.

Die Rechtsprechung in der Arbeiterversicherung 1906.

Bekanntlich ist für die Rechtsprechung auf dem Gebiete der Invaliden- und Unfallversicherung eine besondere Gattung von Gerichten, nämlich die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, vorhanden, denen als Höchstinstanz das Reichsversicherungsamt übergeordnet ist. Während nun die Streitigkeiten der Invalidenversicherung in letzter Instanz — dem Revisionsverfahren — alle dem Reichsversicherungs-

amt überlassen bleiben, macht die Unfallversicherung insofern eine Ausnahme, daß die Streitigkeiten derjenigen Berufsgenossenschaften, deren Geltungsbereich sich nicht über einen Bundesstaat hinaus erstreckt, den sogenannten Landes-Versicherungsämtern in letzter Instanz überlassen bleiben. Solche Landesversicherungsämter bestehen zurzeit in München, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Darmstadt, Schwerin, Mecklenburg und Greiz für die zugehörigen Staaten. Die Einheitlichkeit der Rechtsprechung ist durch diese Teilung aber anscheinend noch nicht beeinträchtigt, denn es zeigt sich bei den meisten Höchstinstanzen gleichmäßig die Wirkung, daß die vom Reichsversicherungsamt ausgehenden Bestrebungen auf möglichste Herabdrückung der Renten verständnisvoll angewendet werden.

Bei jeder Versicherungsart ist der Gang bei der Festsetzung oder auch Abkürzung der Rente dazwischen, daß vom Vorstand der Versicherungsanstalt oder der Berufsgenossenschaft ein Bescheid erlassen wird, gegen den die Entscheidung des Schiedsgerichts angerufen werden kann. Im Vorstand der Versicherungsanstalt sitzen nun je nach dem mehr oder weniger fortgeschrittenen Charakter der Anstalt auch Vertreter der Versicherten. Die Zahl derselben wie auch derjenigen der Arbeitgeber bewegt sich zwischen je 1 bis 3, welcher Gesamtzahl immer mindestens die gleiche, meist aber höhere Anzahl beamteter Mitglieder gegenübersteht. Eine Ausnahme davon machen nur Kommern, Braunshweig, die Hanfsstädte und die bayerischen Anstalten, woselbst die Zahl der unbeamteten Mitglieder größer als die der Angestellten ist. Im Vorstand der Berufsgenossenschaften sitzen keine Arbeiter. Aus diesem geringen oder zugleich fehlenden Einfluß der „Objekte“ der Versicherung bei der Bemessung der Renten erklärt es sich denn auch, daß gegen die Bescheide in so vielen Fällen das Rechtsmittel ergriffen wird.

In der Invalidenversicherung sind im Jahre 1906 378 978 Bescheide ergangen gegen 385 697 im Vorjahr. Diese Zahl ergibt eine Verminderung von 1,7 Proz., wogegen in den beiden Jahren 1905 und 1904 die Verminderung 3,7 resp. 1,2 Proz. betrug. Die im vorigen Artikel näher nachgewiesene Herabminderung der Renten kommt also auch hier zum Ausdruck. Auf Invalidentrenten nach entfallen 181 249 Bescheide, wovon 72,4 Proz. Festsetzungs-, 20,4 Proz. Abkürzungs- und 6,5 Proz. Entziehungsbefehle sind. Die Bescheide in Rentensachen allein haben sich um 4 Proz. vermindert. Auffallend hoch ist die Zahl der Weitragererstattungen mit 197 729 Bescheiden, wovon 80 Proz. auf Heiratsfälle kommen. Von der Weiterversicherung wird seitens der weiblichen Versicherten nur selten nach der Heirat Gebrauch gemacht; sicher zum großen Schaden derselben.

Gegen die Bescheide wurde in 26 402, 1905: 25 823 Fällen Berufung an das Schiedsgericht eingelegt, die zu 98,1 Proz. Invalidentrenten betrafen. Von den Berufungen wurden 85,8 Proz. durch Entscheidung des Schiedsgerichts, die übrigen anders erledigt. Von den Entscheidungen ergingen nur 17 Proz. zugunsten der Versicherten, aber 83 Proz. zugunsten der Versicherungsanstalten.

An das Reichsversicherungsamt sind 6290 Revisionen eingereicht worden. Von den 5583 Revisionen der Versicherten wurden 3625 = 64,9 Proz. durch Bestätigung des angefochtenen Schiedsgerichtsentscheides, und 35 = 0,8 Proz. durch Abänderung entschieden, in 534 = 12,8 Proz. Fällen erfolgte ein Zurückverweisung an das Schiedsgericht. Von den 707 Rekursen der Versicherungssträger wurden 229 = 32,4 Proz. durch Bestätigung und 107 = 18,1 Proz. durch Abänderung des angefochtenen Schiedsgerichtsurteils entschieden, 253 = 42,9 Proz. der Fälle wurden ans Schiedsgericht zurückverwiesen. — Die Versicherungssträger hatten somit bei ihren Revisionen viel mehr Glück als die Versicherten, was zum Teil wohl darauf zurückzuführen ist, daß eine Revision nur auf erhebliche Mängel des Verfahrens oder mangelhafte bzw. unrichtige Anwendung des Gesetzes oder einen Verstoß gegen den Inhalt der Akten gestützt werden kann. Das Reichsversicherungsamt braucht also in eine neue Prüfung des Sachverhalts nicht einzutreten. Wenn keiner der obigen Gründe vorliegt, ist die Revision aussichtslos.

In der Unfallversicherung bestanden im Jahre 1906 66 gewerbliche und 48 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften sowie 527 Ausführungsbehörden in Reich, Bundesstaat, Provinz und Kommune. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften zählten 1905 637 611 Betriebe mit 8 195 732 Versicherten, die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 4 658 876 Betriebe mit 11 189 071 Versicherten und die Ausführungsbehörden 857 709 Versicherte. Im Jahre 1906 sind von 645 611 angemeldeten Unfällen 140 270 erstmals entschädigt. Die ausgezahlten Entschädigungen beliefen sich auf 142 900 086 Mk. (gegen 135 Millionen 1905). Au-

diesen Entschädigungen hatten 854 680 Verletzte, 73 599 Witwen Getöteter, 103 564 Kinder und Enkel Getöteter und 3882 Eltern Getöteter Anteil. Außerdem erhielten 14 362 Ehefrauen und 52 326 Kinder und Enkel und 257 Eltern vorübergehend Unterstützungen während eines Heilverfahrens des Verletzten, so daß insgesamt pro 1906: 1 082 670 Personen Bezüge auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes erhielten.

Von den Versicherungsträgern sind im Jahre 1906 406 079 berufsunfähige Bescheide erlassen worden, von denen 215 694 auf die gewerbliche Berufsgenossenschaft entfallen. Von den Bescheiden betrafen 171 188 = 42,1 Proz. solche, die eine anderweitige Festsetzung der Rente erstrebten. — Bei den Schiedsgerichten sind 87 702 Streitigkeiten anhängig gemacht, und zwar 70 542 Berufungen und 17 160 Anträge auf anderweitige Festsetzung der Rente. Solche Anträge müssen beim Schiedsgericht gestellt werden, sofern seit der ersten Rentenfestsetzung mehr als 5 Jahre vergangen sind. Die Zunahme der Berufungen beträgt gegen 1905 2,6 Proz., die der Anträge aber 25,7 Proz., woraus zu schließen ist, daß die Berufsgenossenschaften sich neuerdings immer mehr auch den Herabsetzungen solcher Renten widmen, die schon länger als 5 Jahre laufen. Von den Berufungen wurden von den 124 Schiedsgerichten 89,63 Proz. durch Urteil erledigt, 3,1 Proz. sind durch Zurücknahme, 2,93 Proz. durch Vergleich erledigt. In einer Sitzung kamen durchschnittlich 14 Fälle vor. Die Entscheidung des Schiedsgerichts war in 20,38 Proz. den Verletzten, in 69,25 Proz. der Gesamtzahl der Berufsgenossenschaft günstig.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts wurde in 19 634 Fällen, davon in 15 212 Fällen von den Versicherten, der Rekurs an die Höchstinstanz eingelegt. In 1191 Sitzungen wurden 18 628 Fälle mündlich zum Austrag gebracht, in einer Sitzung rund 16 Fälle. Daß durch diese schnelle Erledigung der Sache selbst sehr gebietet ist, wird niemand behaupten wollen, um so mehr, als zu jedem einzelnen Fall ein umfangreiches Aktenbündel von Bescheiden, Gutachten, Entscheidungen event. Zeugenvernehmungen gehört, die alle erst geprüft sein sollten. Bei den durch Urteil beendeten 16 112 Rekursen waren die Versicherungssträger ungleich günstiger dran als die Versicherten. Während erstere in 52,4 Proz. der Fälle eine völlige oder teilweise Abänderung der angefochtenen Schiedsgerichtsentscheidungen erreichten, waren bei den Versicherten nur 18,4 Proz. der Fälle erfolgreich, dagegen 80,8 Proz. erfolglos. An das Schiedsgericht zurückverwiesen wurden je noch nicht 1 Proz. der Fälle.

In der mündlichen Verhandlung waren die Verletzten selbst in 2942 Fällen anwesend, in 202 Fällen waren für sie Rechtsanwälte und in 2243 Fällen andere Vertreter zugegen; zu letzteren gehören die 929 persönlichen Vertretungen durch das Zentralarbeitersekretariat und eine große Zahl von Vertretungen durch Arbeitersekretäre bei den Landesversicherungsämtern. Die Versicherungssträger waren in 7 Fällen durch Rechtsanwälte, in 3226 Fällen durch andere Personen vertreten. Die Versicherungssträger legen also trotz der von ihnen eingelegten wesentlich geringen Zahl der Rekurse einen viel größeren Wert auf die persönliche Vertretung, was freilich damit zusammenhängt, daß den unorganisierten Versicherten meist die Mittel zu einer persönlichen Vertretung fehlen werden. Keine Partei war in 11 507 Terminen vertreten. 8728 Rekurse konnten vom Reichsversicherungsamt im laufenden Jahr nicht erledigt werden und sind deshalb auf das Jahr 1907 übernommen worden. — Soweit die wesentlichsten Ergebnisse, wobei die prinzipiell wichtigsten Fälle unberührt bleiben mußten, da sie in den Unterschieden gegen früher nur für wenig Interesse haben.

Ueber die von den Berufsgenossenschaften entfaltete Tätigkeit bezüglich der Revision der Betriebe wird nur mitgeteilt, daß die Zahl der technischen Aufsichtsbeamten von 268 auf 286 gestiegen ist. Von diesen sind freilich 215 zugleich als Rechnungsbeamte tätig. Bei den 12 deutschen Bauwerkberufsgenossenschaften stieg die Zahl der Aufsichtsbeamten von 83 auf 88. Das ist freilich auf das ganze Reichsgebiet verschwindend wenig. Etwas besser ist es in dieser Hinsicht in Süddeutschland, woselbst nicht nur den Gewerkspektoren Gehülften aus Arbeiterkreisen beigegeben sind, sondern wo auch einzelne größere Städte eigene Baukontrolloren aus Arbeiterkreisen haben. Inzwischen sind bei den 66 gewerblichen Genossenschaften im Jahre 1905 von 622 718 Betrieben nur 163 130 = 26,2 Proz. einer Revision unterzogen worden, wozu noch 63 701 Lohnbuchrevisionen kommen. — Einen größeren Wert erhalten, wenn, wie angekündigt, die Ergebnisse mit den Jahresberichten der Gewerbeinspektion zusammen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Alles in allem ergibt sich aus dem Bericht des Reichsversicherungsamts, daß die Versicherten, die „Objekte“ seiner Tätigkeit, nicht allzu große Ursache haben, sich darüber zu freuen. Wenn die Versicherten wieder mehr Vertrauen zu dieser Körperschaft fassen sollen, dann wird dessen Stellung gegenüber der Sozialpolitik eine wohlwollendere werden müssen.

Der Ausbau der Mutterschaftsfürsorge.

Der Bund für Mutterschutz hat eine Petition an das Reichsamt des Innern gehen lassen, in welcher er auf die starke Säuglingssterblichkeit, den Rückgang der Militärtauglichkeit und die Zunahme der Unterleibsleiden bei den arbeitenden Müttern als Schädigungen hinweist, welche die Zukunft unseres Volkes an der Wurzel treffen müssen. Der Bund fordert: 1. Ruhezeit 6 Wochen vor und 6 Wochen nach der Entbindung bei Zahlung des vollen Arbeitslohnes aus Unterstützung, 2. freie Gebärmutterdienste, 3. freie Hauspflege, 4. Stillprämien.

Der Bund für Mutterschutz ist eine bürgerliche Vereinigung. Er ist begründet worden, weil auch bürgerliche Sozialpolitiker und bürgerliche Frauen die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Einrichtungen immer mehr einsehen. Auch in diesen Kreisen hat man sich in der letzten Zeit immer mehr mit der Frage des Mutterschafts- und Säuglingschutzes beschäftigt und einen Ausbau desselben immer dringender gefordert. Die in der Petition angedeuteten Erscheinungen sind die Folgen der wirtschaftlichen Entwicklung, die zu den alten Lasten der Frauen, nämlich der Hauswirtschaft und der Mutterschaft, noch eine neue, die Erwerbstätigkeit, gebracht hat. Die wirtschaftliche Umwälzung hat auch das Familienleben revolutioniert und umgestaltet. Waren bei der früheren Produktionsweise, als noch die Produktionsmittel (Werkzeuge) Eigentum des Handwerkers waren, die Frau und die Töchter gelegentliche Gehilfinnen des Mannes in dessen Werkstatt, so sind sie jetzt mitfam mit dem Manne aus der Werkstatt vertrieben und in die Fabrik gewiesen worden. Die steigende Anteilnahme der Frauen an der Erwerbstätigkeit und besonders an der Fabrikarbeit ist bekannt: wurden doch bei der Fabrikarbeiterzählung am 1. Mai 1906 im Königreich Sachsen 420 996 männliche und 223 088 weibliche Arbeiter in den Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen gezählt. In der Papierindustrie allein waren davon 22 936 männliche und 12 969 weibliche Arbeiter tätig. Mit der fortschreitenden Einbeziehung der Frau in das intensive Erwerbsleben verbandelte sich nicht nur eine große Kindersterblichkeit aus einem „Segen“ in eine drückende Last, es entstanden auch eine Menge gesundheitliche Nachteile für die Frau und die Nachkommenschaft. Es sei außer an die angegebenen Schäden noch an die große Zahl der Frühgeburten, der Totgeborenen usw. erinnert. In den Jahren 1901 bis 1904 betrug im Reichsdurchschnitt die Zahl der gestorbenen Säuglinge (Kinder im Alter bis zu einem Jahr) 34 Proz. aller Sterbefälle und 19 Proz. aller Lebendgeborenen. In dem industriellen Sachsen aber betragen die entsprechenden Zahlen 41,7 und 24,4. Nachdem die wirtschaftliche Entwicklung die einzelnen Zweige der früheren Hausfrauentätigkeit zu selbständigen Berufen ausgebildet hat, die auch infolge der geringen Entlohnung des Mannes die beherrschenden Frauen ergreifen müssen, ist eine Schonung der Frau, wie sie früher angängig war, nicht mehr möglich. Als ein Teil des Betriebswertes hat auch die schwangere Frau ihre Pflichten zu erfüllen, oder sie hat einer anderen Platz zu machen.

Das Verlangen nach einem durchgreifenden Schwangerschafts- und Wöchnerinnenschutz verdichtet sich in der Forderung zur Förderung einer besonderen Mutterschaftsversicherung, also einer Einrichtung, die eine gewisse Selbständigkeit und Unabhängigkeit besitzt. Solche Forderungen wurden aufgegriffen vom Verband der fortschrittlichen Frauenvereine, von den Frauen Henriette Fürth-Frankfurt a. M., Lily Braun-Berlin usw.

Für die Schaffung einer besonderen Mutterschaftsversicherung kann sich Verfasser dieses nicht erlauben. Die Arbeiterversicherung darf nicht eine noch größere Zersplitterung erfahren. Durch eine solche würde man die Lasten auch gerade denen aufbürden, welche die Hilfe am notwendigsten brauchen: den proletarischen Frauen. Für uns kann es sich nur darum handeln, die Krankenversicherung im Sinne einer erweiterten Mutterschaftsfürsorge umzugestalten. Größere Zentralisation der Krankenkassen und Befestigung der Gemeindefrankensicherungen — die jetzt eine Wöchnerinnenunterstützung überhaupt noch nicht kennen — ist Voraussetzung. In dieser Richtung hat sich auch immer die sozialdemokratische Agitation bewegt. Hinsichtlich der Einzelheiten der zu schaffenden Für-

sorge kann man sich sehr wohl den Beschlüssen anfügen, welche die Frauenkonferenz faßte, welche im Anschluß an den sozialdemokratischen Parteitag 1906 in Mannheim stattfand. Sie verlangte von den Krankenkassen:

1. Obligatorische Gewährung einer Schwangerschaftsunterstützung im Falle der durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbslosigkeit auf die Dauer von 8 Wochen.
2. Freie Gewährung der Gebärmutterdienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.
3. Ausdehnung der Wöchnerinnenunterstützung von 6 auf 8 Wochen, falls das Kind lebt, und, wenn die Mutter fähig und willens ist, ihr Kind selbst zu stillen, auf die Dauer von mindestens 13 Wochen; Ausdehnung der Krankenkontrolle auf die Zeit von der 8. Woche ab.
4. Erhöhung des Pflegegeldes an Schwangere, Wöchnerinnen und Stillende für die Dauer der Schutzfrist auf die volle Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes.
5. Obligatorische Ausdehnung der unter 1 bis 3 angeführten Bestimmungen auf die Frauen der Kassenmitglieder.
6. Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht usw.

Die Frauenkonferenz stellte dann noch eine Anzahl Forderungen an die Gemeindefürsorge. Es ist bemerkenswert, daß sich der Bund für Mutterschutz, dessen Petition wir eingangs erwähnten, in seiner ersten Generalversammlung am 14. Januar 1907 in Berlin den aufgeführten Beschlüssen der sozialdemokratischen Frauenkonferenz zu nähern suchte. Der Bund will zwar die Unterstützungsdauer vor und nach der Entbindung auf nur 6 Wochen ausgedehnt wissen, dagegen fordert er auch Mittel für die Säuglingsernährung. Letztere sollen besonders in Stillprämien bestehen, die in Höhe von 25 M. an diejenigen Mütter, die nach 3 Monaten noch stillen, und in weiteren 25 M. an solche, die nach ferneren 3 Monaten noch stillen, gezahlt werden. Der Referent, Professor Mayet, der wohl auch der Verfasser der mehrfach erwähnten Petition ist, berechnete die Unterstützungen für den Lohnausfall auf 191,6 Millionen Mark, die Gebammengebühren 14,3 Millionen Mark und die Stillprämien auf 89,5 Millionen Mark. Das wesentlichste ist, daß der Bund die Mutterschaftsversicherung der Krankenversicherung angegliedert respektive die erwähnten Leistungen den Krankenkassen auferlegt wissen will.

Die Arbeiterschaft, ganz besonders aber die Arbeiterinnen, haben darauf bedacht zu sein, daß bei der bevorstehenden Aenderung der Krankenversicherungsgesetze auf die Erweiterung des Mutterschaftsgebietes die größte Aufmerksamkeit verwendet wird. Einige andere europäische Staaten sind hinsichtlich dieses Schutzes in einigen Punkten dem sogenannten „Land der Sozialreform“, Deutschland, voraus. Will Deutschland wirklich in der sozialen Gesetzgebung in der Welt voran sein, so muß es sich beeilen. Der Preis ist ein hoher und schöner: die Kräftigung und Stärkung des gesamten Volkes!

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1906.

I.

Der Mitgliederzuwachs, den die gewerkschaftlichen Zentralverbände im Jahre 1906 zu verzeichnen haben, übersteigt weit die Erwartungen, die man am Schluß des Jahres 1905 hegen konnte. Zwar hielt die günstige Wirtschaftsjunktur an und wächst mit der Mitgliederzahl auch die Agitationskraft einer Organisation, jedoch ließ sich kaum erwarten, daß der Wunsch, die Gewerkschaften mögen nach Erreichung der ersten Million Mitglieder sich bald der zweiten Million nähern, so rasch in Erfüllung gehen würde. Im Jahresdurchschnitt hatten die Gewerkschaften 1906 1 689 709 Mitglieder, am Jahreschluß jedoch 1 799 293 Mitglieder, also mehr als 1¼ Millionen, und wenn die Entwicklung in den nächsten Jahren nur annähernd so ist wie in den beiden letzten, so werden wir bald die befriedigende Tatsache zu verzeichnen haben, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände die zweite Million Mitglieder erreicht haben. Rechnen wir die heute in Deutschland bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen insgesamt, also die Zentralverbände, die Gruppe der anarcho-sozialistischen Lokalvereine, die Girsch-Dunkerischen Gewerbevereine, die christlichen Gewerkschaften und die sogenannten „unabhängigen Gewerkschaften“, d. h. die, welche sich nicht in einer Zentralstelle vereinigt haben wie die vorgenannten Gruppen, so haben wir schon für 1906 mehr als zwei Millionen Mitglieder, nämlich 2 215 165. Damit ist Deutschland bezüglich der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an die Spitze aller Industrieländer gerückt. Deutschland hat nunmehr das klaffende Land der Gewerkschaftsbewegung, England, in bezug auf die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder überholt, und auch die

Vereinigten Staaten von Amerika dürften keine so große Mitgliederzahl aufweisen, als wir sie in den deutschen Gewerkschaften haben. Genaue Zahlen über den Umfang der Gewerkschaften Nordamerikas sind nicht vorhanden. Die Mitgliederzahl wird mit 1 971 514 angegeben, doch soll sie etwas höher sein, weil die Zentralverbände, die der American Federation of Labor angeschlossen sind, nicht die volle Mitgliederzahl der Zentralstelle melden. Jedenfalls läßt sich annehmen, daß die Vereinigten Staaten von Amerika Deutschland heute in bezug auf die absolute Mitgliederzahl der Gewerkschaften nicht mehr übertreffen.

Andererseits dürfte sich das Verhältnis gestalten, wenn die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Vergleich zur Zahl der organisationsfähigen Industriearbeiter und Arbeiterinnen gestellt wird. Für Deutschland läßt sich, weil die Ergebnisse der Berufszählung von 1895 nicht mehr einer solchen Berechnung zugrunde gelegt werden können, die Verhältniszahl der organisierten zu den für die Gewerkschaften in Betracht kommenden beschäftigten Arbeitern nicht feststellen. Wahrscheinlich steht Deutschland in der Prozentziffer der Organisierten noch hinter England und den Vereinigten Staaten von Amerika zurück, wie es auch beträchtlich hinter Dänemark und Schweden zurückbleibt. Jedoch auch hierin werden die Gewerkschaften Deutschlands denen in anderen besser organisierten Ländern mit der Zeit gleichkommen, wie sie ja auch in bezug auf finanzielle Leistungen hinter dieser nicht mehr weit zurückstehen.

Zahrelang schien es, als hätte die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland keine Aussicht, zu einem mitbestimmenden Faktor im Wirtschaftsleben zu werden, denn auch der Mitgliederzuwachs, den die Gewerkschaften seit dem Jahre 1894, mit Ausnahme von 1901, Jahr für Jahr haben, ist anfänglich nur gering, wie die nachstehende Uebersicht ausweist.

Jahr	Mitglieder	Zunahme gegenüber dem Vorjahre
		absolut
		in Proz.
1894	246 494	22 964
1895	259 175	12 681
1896	329 230	70 055
1897	412 359	83 129
1898	493 742	81 383
1899	580 473	86 731
1900	680 427	99 954
1901	677 510	—
1902	733 206	55 696
1903	887 698	154 492
1904	1 052 108	164 410
1905	1 344 803	292 695
1906	1 689 709	344 906

Genaue Angaben über den Mitgliederbestand der Gewerkschaften liegen erst seit dem Jahre 1890 vor, von welchem Jahre ab die Generalkommission regelmäßig Statistiken veröffentlichte. Für die Zeit vor dem Sozialistengesetz berichtet eine von August Leib in Hamburg im Jahre 1877 aufgenommene Statistik, daß in 31 Organisationen 50 000 Mitglieder vorhanden waren. Die meisten dieser Organisationen wurden auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst oder lösten sich selber auf, um der polizeilichen Auflösung zu entgehen. In den ersten Jahren unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes war von einer gewerkschaftlichen Bewegung kaum die Rede. Jedoch setzte diese schon Anfang der 80er Jahre wieder ein. Nach einem Artikel, den Prof. Dr. Oldenberg im Jahre 1895 im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“ veröffentlichte, hatten die Gewerkschaften nach den Zählungen der Polizeibehörden 1885/86 100 356, 1887/88 103 330, 1889 135 353, Frühjahr 1890 277 098 und Ende 1890 320 213 Mitglieder.

Nach der erstmalig im Jahre 1890 von der Generalkommission aufgenommenen Statistik waren in 53 Zentralverbänden 227 733 und in 5 durch Vertrauensmänner zentralisierten Organisationen 73 467, zusammen 301 200 Mitglieder vorhanden. 1891 wurden in den der Generalkommission angeschlossenen Organisationen 277 659 Mitglieder gezählt. In den nächsten Jahren ging diese Mitgliederzahl noch weiter zurück und stand im Jahre 1893 auf 223 530, mithin ein Mitgliederverlust von 54 129 im Zeitraum von 3 Jahren. In den folgenden Jahren steigt die Mitgliederzahl, doch bleibt die jährliche Zunahme bis zum Jahre 1903 unter 100 000, dann aber zeigt sich ein rapider Aufschwung, der im Jahre 1906 die höchste jährliche Zunahme von 344 909 Mitgliedern erreicht.

Die Mitgliederzunahme stellt sich, wenn die Mitgliederzahl des 4. Quartals von 1905 mit der des 4. Quartals 1906 in Vergleich gestellt wird, noch etwas höher. Es hatten die Zentralverbände im 4. Quartal 1905 1 429 303, im 1. Quartal 1906 1 548 978, im 2. Quartal 1 666 775, im 3. Quartal 1 741 953 und im 4. Quartal 1906 1 799 293 Mitglieder, somit gegenüber dem 4. Quartal 1905 eine Mitgliederzunahme von 369 990. Von diesen neu gewonnenen Mitgliedern entfallen auf den Verband der:

Metallarbeiter 75 388, Fabrikarbeiter 47 345, Textilarbeiter 33 724, Handels- und Transportarbeiter 31 130, Bauhilfsarbeiter 29 164, Maurer 25 067, Holzarbeiter 21 576, Zimmerer 9124, Hafnarbeiter 8832, Labararbeiter 6845, Schuhmacher 6776, Brauereiarbeiter 6260, Bergarbeiter 5187, Schneider 4787, Maler 4650, Buchdruckerhilfsarbeiter 4603, Buchdrucker 3971, Seelente 3751, Maschinenisten 3476, Glasarbeiter 3174, Porzellanarbeiter 3020, Lithographen 2704, Steinarbeiter 2612, Buchbinder 2610, Gemeindegewerbetreibende 2420, Gastwirtsgehilfen 2401, Steinfecker 2213, Wäder 2051, Dachdecker 1297, Gutmacher 1289, Tapezierer 1253, Leberarbeiter 1180, Köpfer 921, Zigarrenfortierer 888, Handlungsgelöhnen 877, Wötker 875, Sattler 819, Stukkateure 758, Müller 680, Schiffszimmerer, 642, Handschuhmacher 586, Barbier 513, Gärtner 513, Schmiede 505, Bureauangestellte 485, Fleischer 449, Graveure 408, Portefeuille 398, Zivilmusiker 223, Kupferfchmiede 210, Glaser 187, Schirmmacher 170, Lagerhalter 145, Kürschner 86, Buchdrucker Elfaß-Lothringens 75, Wpshalteure 63, Bildhauer 30.

Einen Mitgliederverlust hatten die Verbände der: Blumenarbeiter 195, Formstecher 45, Konditoren 477, Notensteher 2, Bergolder 1846 und Wädfchreiber 1239, zusammen 3904 Mitglieder. Der Verband der Bergolder, der im 4. Quartal 1905 1846 Mitglieder hatte, hat sich dem Verband der Holzarbeiter angeschlossen und ist deshalb der Mitgliederverlust dieses Verbandes rein rechnerisch, weil seine Mitglieder in der Zunahmeziffer des Holzarbeiterverbandes enthalten sind.

Neu geführt in der Statistik über die Zentralverbände sind, weil im Jahre 1906 an die General-Kommission angeschlossen, die Verbände der Hotel-dienner mit 2851, der Photographen mit 504 und der Xylographen mit 458 Mitgliedern im 4. Quartal 1906. Diese Verbände wurden bisher unter den sogenannten unabhängigen Vereinen gezählt und sind die 3913 Mitglieder, die sie zusammen zählen, nicht als neugewonnen zu betrachten.

Von den 65 Verbänden, die am Schluß des Jahres 1906 vorhanden waren, hatten, im Jahresdurchschnitt berechnet, 6 über 100 000, 3 50—70 000, 4 30—50 000, 5 20—30 000, 3 15—20 000, 6 10 bis 15 000, 13 5—10 000, 12 2—5000 und 13 unter 2000 Mitglieder. Im Jahre 1905 hatten nur 4, in den Jahren 1904 und 1903 nur 2 Verbände und im Jahre 1902 hatte nur 1 Verband über 100 000 Mitglieder. Auf die einzelnen Verbände verteilt sind die Mitgliederzahl 1906, im Jahresdurchschnitt berechnet, folgend:

Metallarbeiter 310 673, Maurer 183 537, Holzarbeiter 146 443, Fabrikarbeiter 115 739, Bergarbeiter 105 283, Textilarbeiter 101 065, Bauhilfsarbeiter 70 648, Handels- und Transportarbeiter 65 428, Zimmerer 50 548, Buchdrucker 47 162, Maler 36 626, Schneider 34 514, Schuhmacher 33 132, Labararbeiter 28 384, Brauereiarbeiter 26 972, Gemeindegewerbetreibende 22 692, Hafnarbeiter 20 971, Buchbinder 20 337, Steinarbeiter 18 402, Schmiede 18 045, Lithographen 15 723, Maschinenisten 13 685, Porzellanarbeiter 12 888, Glasarbeiter 12 744, Wäder 12 570, Buchdruckerhilfsarbeiter 11 232, Köpfer 11 703, Steinfecker 8884, Stukkateure 8177, Tapezierer 7961, Wötker 7693, Leberarbeiter 7513, Sattler 6676, Handlungsgelöhnen 6339, Gutmacher 6315, Seelente 6001, Dachdecker 5794, Gastwirtsgehilfen 5433, Wädfchreiber 5075, Glaser 5003, Bildhauer 4932, Müller 4629, Gärtner 4605, Kupferfchmiede 3975, Portefeuille 3786, Schiffszimmerer 3509, Handschuhmacher 3306, Hotel-dienner 2785, Fleischer 2717, Konditoren 2594, Graveure 2565, Zigarrenfortierer 2430, Barbier 1908, Kürschner 1707, Lagerhalter 1597, Bureauangestellte 1064, Buchdrucker Elfaß-Lothringens 974, Zivilmusiker 842, Photographen 716, Wpshalteure 679, Schirmmacher 617, Formstecher 499, Notensteher 454, Xylographen 443, Blumenarbeiter 315.

Im verfloffenen Jahre erreichte der Metallarbeiterverband fast eine Mitgliederzahl (310 673), wie sie die gesamten Zentralverbände im Jahre 1896 hatten (329 230). In den 11 Jahren stieg die Mitgliederzahl dieses Verbandes von 41 095 Mitgliedern auf 310 673. Eine ähnliche Entwicklung zeigen auch die anderen Verbände, die im letzten Jahre mehr als 100 000 Mitglieder zählten. Es hatten an Mitgliedern: die Maurer 1896 26 600, 1906 183 537, die Holzarbeiter 38 647 resp. 146 443, die Fabrikarbeiter 11 247 resp. 115 739, die Bergarbeiter 8000 resp. 105 283 und die Textilarbeiter 17 574 resp. 101 065. Von den 1 360 479 Mitgliedern, welche die Zentralverbände im Jahre 1906 mehr als im Jahre 1896 hatten, entfallen allein auf diese 6 Verbände 819 567 oder 60,2 Proz.

In den letzten Jahren machte sich das Bestreben, kleinere Berufsorganisationen an die größeren bezugsverwandten Verbände anzuschließen, in verstärktem Maße geltend. So vereinigte sich auch im Jahre 1907 der Verband der Konditoren mit dem der Wäder, der der Graveure mit dem der Metall-

arbeiter und der Verband der Elfaß-Lothringischen Buchdrucker mit dem Deutschen Buchdruckerverband. Trotz dieser Einigungsbestrebungen haben wir noch eine große Zahl Verbände mit sehr geringer Mitgliederzahl. Es handelt sich bei diesen entweder um Berufe, die bestimmt abgegrenzt sind und nur wenig Berufsangehörige aufweisen, oder um solche, deren Arbeitererschaft infolge der Verteilung auf viele kleine Betriebe oder infolge der Heimarbeit nur schwer für die Gewerkschaften zu gewinnen sind. Trotz äußerster Anstrengung in agitatorischer Beziehung vermögen diese Organisationen nur langsam an Boden zu gewinnen. Diesen Organisationen muß von den Mitgliedern der größeren Verbände hilfe-reich zur Hand gegangen werden, denn das ist mit der wesentlichsten Zweck, den die Gewerkschaften Deutschlands mit ihrem Zusammenschluß verfolgen. Dieser Aufgabe muß in den nächsten Jahren größere Aufmerksamkeit geschenkt werden, denn die Fortentwicklung dieser Organisation ist auch ein Fortschritt für die gesamten Gewerkschaften. Es darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß die Gewerkschaften mit ihrer Mitgliederzahl noch keineswegs in einem günstigen Verhältnis zur Zahl der in Betracht kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen stehen und daß viele der kleinen Organisationen, weil sie für Berufe mit Hunderttausenden von Berufsangehörigen zuständig sind, das Prozentverhältnis der Organisierten zu den Berufsangehörigen ungünstig beeinflussen. Es ist im allgemeinen noch viel Kraft einzusetzen, um die Gewerkschaften auf den erstentenen Höhepunkt zu bringen, im besonderen aber muß bei der Agitation den schwachen Gewerkschaften allseitig zur Hand gegangen werden. So gut, wie es im Laufe der Jahre gelungen ist, eine nennenswerte Zahl von Arbeiterinnen den Gewerkschaften zuzuführen, muß es auch gelingen, jene indifferenten Schichten zu gewinnen, in welchen die betreffenden Organisationen nur wenig Eingang gefunden haben.

Bericht über den ersten Gautag im Gau 2.

Abgehalten in Königsberg am 22. September 1907.

Zu dem Gautag waren seitens des Gauvorstandes Vertreter der Zahlstellen und die Einzelmitglieder des Gauces eingeladen.

Anwesend waren Vertreter der Zahlstellen Königsberg und Tilsit, sowie mehrere Einzelmitglieder. Die Zahlstelle Danzig war nicht vertreten.

Als Tagesordnung ist vorgesehen:

1. Bericht des Gauvorstandes und der Zahlstellen.
2. Agitation und Statistik.
3. Arbeitsnachweis.
4. Anträge und Verschiedenes.

Der Gauobermächtige, Kollege Sadelste, eröffnete die Konferenz und begrüßte die Erschienenen. Er weist darauf hin, daß es zum ersten Male möglich geworden sei, Vertreter des weitausgedehnten Gauces zu gemeinsamer Beratung beisammen zu sehen und spricht die Hoffnung aus, daß die heutige Beratung fördernd auf die fernere Agitationsstätigkeit im Gau einwirken möge.

In das Bureau werden gewählt: Sadelste und Ludwig als Verhandlungsleiter, Brill und Krüger als Schriftführer und Bof als Führer der Rednerliste.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt Kollege Klein das Wort zu einem Vortrag über „Wirtschaftspolitik und Arbeitgeberverbände“. Der Redner beleuchtet in seinem kurzen, aber trefflichen Referat die herrschende Lebensmittelsteuerung sowie deren Ursachen, erwähnt die immer größer werdenden Arbeitgeberverbände und deren Ausprägungsstadium und fordert schließlich alle Kollegen auf, treu zum Verbands zu halten und unermüdet für seine Kräftigung und Ausbreitung zu wirken.

Beim ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Sadelste den Bericht des Gauvorstandes. Der Gau erstreckt sich über weite Länderstrecken (Regierungsbezirke Königsberg, Danzig, Gumbinnen und Marienwerder), in denen unser Gewerbe nur als Kleingewerbe vorhanden ist. Es sind im ganzen Gau etwa 180 Kollegen beschäftigt, von denen ein Drittel organisiert ist. Die Lehrlingszuchterei steht aber in höchster Blüte. Die Agitation ist eine äußerst schwierige, da die Kollegen über viele kleine Städte zerstreut und deshalb sehr schwer zu erreichen sind. Die Agitation kann fast nur auf schriftlichem Wege betrieben werden, und muß anerkannt werden, daß die organisierten Buchdrucker den Gauvorstand hierbei recht vorteilhaft unterstützen können.

Der Massenbericht erstreckt sich zurück bis auf das Jahr 1901, in dem Königsberg zum Gauvort bestimmt wurde, und gibt eine Zusammenstellung aller Einnahmen und Ausgaben, sowie der zur Auszahlung gelangten Unterstützungen.

Zum Schluß erwähnte Redner noch, daß die Zahlstellen Königsberg und Tilsit als feste Vollwerke des Verbandes betrachtet werden können, während es um die Zahlstelle Danzig schlecht bestellt sei.

Den Bericht von der Zahlstelle Königsberg gibt Löding. Die Zahlstelle wurde erstmals 1889 begründet und im Jahre 1896 fand die erste Lohnbewegung am Orte statt. Leider löste die Zahlstelle sich wegen zu geringer Mitgliederzahl bald nachher auf, wurde jedoch 1901 zum zweiten Male begründet und, nachdem sie im Jahre 1905 in einer erneuten Lohnbewegung die Feuerprobe bestanden hat, steht sie jetzt mit 26 Mitgliedern gefestigt da.

Der Bericht wurde durch einen, vom Kollegen Schneiderei gegebenen Massenbericht ergänzt.

Den Bericht der Zahlstelle Tilsit gab Kollege Ludwig. Auch diese Zahlstelle ist im Jahre 1905 zum zweiten Male begründet, floriert jetzt aber gut und hat von 19 Kollegen, die am Orte beschäftigt sind, 15 in ihren Reihen vereinigt. Die Arbeiterinnen konnten bislang der Organisation leider nicht zugeführt werden. Die dortige Lohnbewegung erstreckte sich nur auf einen Betrieb, hatte aber den Erfolg, daß eine halbtägige Verkürzung der Arbeitszeit und 5 Proz. Lohnhöhung erzielt wurden.

Die Berichte wurden dann noch durch Mitteilungen der Einzelmitglieder vervollständigt. Überall herrscht ausschließlich Kleinbetrieb und sind Kollegen nur vereinzelt beschäftigt.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung, Agitation und Statistik, referierte ebenfalls Kollege Sadelste. Er hebt hervor, daß der Indifferentismus und die geringe Schaffigkeit der Kollegen im Gau die Agitation unendlich erschweren. Alle Kollegen müßten sich bemühen, den Gauvorstand durch Mitteilung von Adressen zu unterstützen. Ludwig empfiehlt, die Mitglieder der Innungs-Prüfungskommissionen zur Mitwirkung anzuhaken, namentlich sollten dieselben dem Gauvorstand alle Kollegen, die die Lehre beenden, namhaft machen. Dann könne mit Erfolg auf diese eingewirkt werden.

Nach lebhafter Diskussion gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„In Anbetracht der schwierigen Agitationsverhältnisse im Gau, bedingt durch die weitausläufige und schlechte Verbindung unter den Kollegen, kann die Agitation in der Hauptsache nur auf schriftlichem Wege betrieben werden. Angesichts des großen Indifferentismus unter den Kollegen, der durch Unwissenheit der Kollegen und durch die reaktionären Bestrebungen der Arbeitgeber erzeugt wird, ist es aber notwendig, daß alle Kollegen sich mehr wie bisher an der Agitation beteiligen und namentlich den Gauvorstand durch Uebermittlung geeigneter Adressen unterstützen. Insbesondere sind die Zahlstellenverantwortlichen verpflichtet, dem Gauvorstand in der angegebenen Weise zur Seite zu stehen.“

Betreffs Statistik wurde beschlossen:

„Alle Kollegen, die in den vielen kleinen Orten des Gauces Bescheid wissen, sollen über die einschlägigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse befragt werden. Das gesamte Material soll dem Gauvorstand zur weiteren Bearbeitung und zweckentsprechenden Verwendung überwiesen werden.“

Beim dritten Punkt der Tagesordnung hebt Sadelste hervor, daß ein gut funktionierender Arbeitsnachweis zur Förderung der Agitation wesentlich beitragen könne. Es wurde beschlossen, den Arbeitsnachweis weiter auszubauen und zu diesem Zweck geeignete Zirkulare an alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Gau zu versenden. Die Leitung des Arbeitsnachweises soll von den Zahlstellen- und Gauobermächtigen, bei enger Fühlung untereinander, ausübt werden. Alle Kollegen werden verpflichtet, freiwerdende Stellen an die geeignete Stelle zu melden.

Beim vierten Punkt der Tagesordnung gelangte ein Antrag zur Annahme, der besagt, daß im nächsten Jahre, und zwar möglichst Mitte des Sommers, wiederum ein Gautag in Königsberg stattfinden soll. Die Vorarbeiten wurden dem Gauvorstand überwiesen.

Weiter wurde beschlossen, einen Antrag an den Verbandsvorstand zu richten, dahingehend, die Kosten für Arbeitsnachweis und Statistik als Agitationskosten auf die Verbandskasse zu übernehmen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. In seinem Schlußwort hat Kollege Sadelste alle Anwesenden, nach Kräften an der Verwirklichung der heute gefaßten Beschlüsse mitzuarbeiten. Jeder solle ein Mitstreiter sein in dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse.

Mit einem Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband wurde dann der Gautag geschlossen.

Brill. Krüger.

Korrespondenzen.

Gesperert sind: Annaberg-Buchholz, Eisenberg, Kassel, ferner Dresden (für Arbeiter und Arbeiterinnen der Plakatbranche), Berlin (Eisenarbeiter) und Oberstein a. d. N. (Metallwarenfabrik Gebr. Schmidt).

Oesterreich: In einigen Städten Nordböhmens ist eine Lohnbewegung in Vorbereitung und wird darum ersucht, Zuzug nach diesem Teile für die nächste Zeit hintanzuhalten. Gesperert sind: Klagenfurt (Kärnten), Laibach (Krain), Reichenberg und Warnsdorf (Böhmen).

Ungarn: Budapest ist gesperert. Schweiz: Gesperert sind: Basel, Bern und Zürich sowie die Firmen C. Bucher, Buchdruckerei in Luzern und Arnold B. Heine in Arbon.

Norwegen: Gesperert ist Trondheim und Stavanger.

Dresden. Zur Tarifbewegung in der Dresdener Plakatbranche. In der am 10. Oktober abgehaltenen Versammlung der Plakatbranche berichtigte Lange, daß auf unserer letzten Versammlungsbeschluß hin der Unternehmerverband sofort für Dienstag, den 8. Oktober, wieder eine gemeinschaftliche Sitzung einberufen hatte. Es war dies die dritte und letzte Sitzung, welche für die Arbeitnehmer den Ausschlag geben sollte. Sonderbarerweise kam es in dieser Sitzung zu lebhaften Auseinandersetzungen, indem der Vorsitzende des Unternehmerverbandes, Herr Paul, das persönliche Gebiet etwas gestreift hatte, wodurch auch die Sachkenntnis seines Vorkämpfers Frischmann seitens der Kommissionsmitglieder beleuchtet wurden. Erst nachdem Stollege Lange darauf hingewiesen, daß doch nur die Herren Prinzipale den Anlaß zu den persönlichen Auseinandersetzungen gegeben haben, trat wieder eine friedlichere Stimmung ein, so daß die Beratungen zu Ende geführt werden konnten.

Wenn es der Kommission gelang, verschiedene Verbesserungen noch zu erreichen, so war es ihr aber nicht möglich, die Herren Prinzipale für eine neunstündige Arbeitszeit zu bewegen, sondern man mußte sich mit einer 9 1/4 stündigen Arbeitszeit, wie sie schon in der ersten Sitzung festgelegt wurde, vorläufig zufriedengeben.

Nachdem die Versammelten auch von den Änderungen sowie von den verbesserten Positionen Kenntnis genommen, teilte Lange noch mit, daß die Herren Prinzipale erklärt haben, keinerlei Maßregelungen vorzunehmen.

In der Debatte wurden verschiedene Anfragen gestellt, auch kam noch verschiedenes über den oben bezeichneten Vorkämpfer zur Sprache. Ferner wurde auch auf das Inserieren nach Arbeitskräften in ausländischen Zeitungen hingewiesen, wie es in letzter Zeit die Herren Unternehmer getan haben trotz der begangenen Verhandlungen. Es wurde dann weiter angeregt, alle Mängel, die sich nach Einführung des Tarifes herausstellen werden, zu sammeln, sowie eine Schlichtungskommission zu wählen, welche Streitfälle zu regeln hat.

Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute, am 10. Oktober 1907, im Restaurant „Zum Senefelder“ versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Plakatbranche erklären sich mit dem nunmehr verbesserten Tarif einverstanden. Sie bedauern lebhaft, daß die Herren Arbeitgeber statt die neunstündige Arbeitszeit zu bewilligen, an der 9 1/4 stündigen festgehalten haben. Im übrigen erwarten die Versammelten daß dort, wo sich durch Einführung dieses Erklingstarifes Schäden für die Arbeitnehmer herausstellen, die Herren Arbeitgeber ihre oftmals betonte wohlmeinende Gesinnung betätigen und sich bei einschneidenden Streitfällen einer einzuführenden Schlichtungskommission zur Verfügung stellen.“

Eisenberg. Die Lohnbewegung der Eisenarbeiter und Arbeiterinnen Eisenbergs ist beendet, nachdem die Fabrikanten zu den bisherigen Zugeständnissen auf niedrige Akkordpositionen noch solche für Lohnarbeiter und Ueberflüssen gemacht haben, so daß die Aufnahme der Arbeit mit Ausnahme von zwei Kleinbetrieben (Gustav Scheide und Herrn. Prüfer) am Montag, den 14. Oktober, in allen Betrieben erfolgte.

Der Fabrikant Herrn. Prüfer kann angeblich Zugeständnisse nicht machen, weil seine Leute den bisher erhaltenen Lohn nicht verdient hätten, und das, trotzdem die Leute langjährig in dem Betrieb von Prüfer tätig sind.

Bei der Firma Gustav Scheide sind sogleich Arbeitswillige stehen geblieben, darunter der Schriftführer unserer Zahlstelle, daß wir unseren sieben

Kollegen und Kolleginnen nicht zumuten können, mit solchen Arbeitern wieder zusammen zu arbeiten.

Es ist deshalb beschlossen worden, über diese beiden Betriebe die Sperre zu verhängen; wir ersuchen alle Kollegen und Kolleginnen, vorstehendes zu beachten.

Annaberg-Buchholz. Die gegenwärtige Situation ist im folgenden zusammenzufassen:

Nachdem in den nicht bewilligenden 7 Parton- und Buchbinderbetrieben die Kollegen nach beendeter Kündigungsfrist in den Ausstand getreten sind, zwang der Arbeitgeber-Schutzverband weitere 7 Betriebe, in denen nach Tarif weiter gearbeitet wurde, zur Aussperrung. Es folgten den bereits austretenden 33 Kollegen weitere 29, während noch 7 Betriebe zirka 18 Nichtorganisierte weiter beschäftigten. Von Seiten der Arbeitgeber wurde uns ein mit Weisheit geschriebener Protokollauszug ihrer letzten Sitzung zugestellt, worauf die Namen der aussperrenden Betriebe verzeichnet waren. Warum aber ein Betrieb nicht verzeichnet war, ist uns unverständlich. Es wird darauf gedrungen, die organisierten Kollegen auszumergen, überhaupt unsere Organisation zu sprengen a la Leipzig, Berlin, Stuttgart. Daß dies ihnen jedoch nicht gelingen soll, muß unsere resp. der ganzen Kollegenchaft Deutschlands beiliegige Aufgabe sein. Wir müssen zur Ehre der Verbandsmitglieder befähigen, daß Verbändler nicht nach hier gekommen sind.

In der Prägebranche versuchen die Arbeitgeber unter günstigsten Versprechungen, namentlich in der Gegend um — man hört sogar auch in der höchsten — Arbeitskräfte zu werben, natürlich Nichtorganisierte. Was da für Elemente auf der Bildfläche erscheinen, hat ja auch die Firma Gutberlet zur Genüge erfahren. Was da bloß an Maschinen durch diese kaputt gegangen sind! Auch haben mehrere ihre gesunden Finger eingebüßt.

Am vorigen Donnerstag fand, wiederum von uns angeregt, eine Verhandlung statt, die aber wieder durch die Halsstarrigkeit der resp. eines Fabrikanten dadurch ergebnislos wurde, daß organisierte Arbeiter nicht eingestuft werden sollen.

Am Dienstag, den 15. Oktober, kommt der große Arbeiterfreund Dr. Strefemann nach hier, um im „Deutschen Kaiser“ in Buchholz zu sprechen (wahrscheinlich betr. die Aussperrung). Da wird er uns freilich Rede stehen müssen, wie es kommt, daß er während der Reichstagswahl sich äußerte: die Arbeiter sollen sich organisieren, das wäre ihr Recht. Aber die Fabrikanten sperren die Arbeiter aus, weil sie dem Rate des betreffenden Herrn so gut Folge geleistet haben.

Aber nicht nur unser Verband, sondern ganz Deutschland hat ein Interesse daran, daß dieser Schlag ins Wasser fällt. Nächsten Sonnabend erreicht die Zahl der Ausgesperreten rund 300. Die Zahl der Mitglieder beträgt ungefähr 550.

Wie wir nachträglich hören, findet die „Strefemann-Versammlung“ erst in der nächsten Woche statt. Wir werden unsere Parole danach richten.

Kassel. Die Lohnbewegung, welche nun schon vier Wochen dauert, ohne daß von Seiten der Zunftung auch nur das geringste Entgegenkommen gezeigt wurde, hat am letzten Freitag, den 11. Oktober, eine entscheidende Wendung bekommen. Es fand am Abend dieses Tages eine Sitzung mit dem Vorstand der Buchdruckerprinzipale statt, welche zum Abschluß eines Vertrages führte, wonach am Montag, den 14. Oktober, die Arbeit in den Druckereien wieder aufgenommen werden soll.

Das wichtigste aus diesem Vertrage lassen wir vorläufig folgen und werden nach vollständiger Beendigung der Lohnbewegung ein ausführliches Resümee und den eventuellen allgemeinen Tarif bringen.

Auf Vorschlag der Firma Gotthefst wurde zunächst eine neue Lohnskala festgesetzt, und zwar wie folgt:

Table with 2 columns: Gehülften von 17-19 Jahren erhalten 18,- M., 20-21 " " 18,50 " " 21-22 " " 19,- " " 22-23 " " 19,50 " " 23-24 " " 20,- " "

Minimallohn. Alle Gehülften, welche vorstehende Sätze bisher schon bezogen, erhalten 5 Proz. Zulage bis zu 23 M.

Für die übrigen höher Bezahlten bedarf es freier Uebereinkunft.

Zum Vergleich lassen wir zunächst die Bestimmungen des Tarifs von 1905 folgen, wie sie damals mit der Zunftung abgeschlossen wurden, wobei zu bemerken ist, daß die Firma Gotthefst sich denselben nicht angeschlossen hatte, sondern nur 18 M. Minimallohn bewilligt hatte. Die Sätze des Tarifs von 1905 lauteten:

Table with 2 columns: Buchbinder im 1. Gehülftenjahre 16,- M., " " 2. " 17,- " " 3. " 18,- " " " " " 20,- " "

Sodann 21,- M. Minimallohn. Alle Gehülften, welche vorstehende Sätze bisher schon bezogen, erhalten 5 Proz. Zulage bis zu 23 M.

Das bedeutungsvollste ist also darin zu erblicken, daß die Firma Gotthefst nunmehr mit den übrigen Druckereien auf eine Stufe gehoben ist.

Im übrigen gelten die Bestimmungen des alten Tarifs und haben die Buchdruckerbetreiber versprochen, ihren Einfluß geltend zu machen, um auch die Zunftung zum Anschluß zu bewegen. Es werden wahrscheinlich im Laufe der Woche Verhandlungen stattfinden, weshalb vorläufig jede weitere Bemerkung unterbleiben kann.

Leider ist aber zu konstatieren, daß wahrscheinlich außerhalb Streitarbeit berichtet wurde, anders ist nämlich die Tatsache nicht zu erklären, daß trotz des Streiks und trotzdem über Zuzug weniger zu klagen war, ein gut Teil Arbeit fertig wurde. Also Achtung auf Arbeit, welche aus Kassel kommt oder deren Ursprung zweifelhaft erscheint.

Ueber die Lohnbewegung selbst wird später noch manches zu sagen sein, was von allgemeinem Interesse sein dürfte.

Ferlohn. Am Sonntag, den 13. Oktober, fand hier die erste Versammlung der neuen Zahlstelle statt. Kollege Groenhoff hielt einen instruktiven Vortrag über das Wesen und die Bedeutung einer Zahlstelle, und führte er die neuen Zahlstellenfunktionäre in ihre Ämter ein. Er weist vor allem auf das Rückgrat jeder Organisation, ein gut fundiertes und ordnungsmäßiges Kassensystem hin, führte den Mitgliedern noch einmal die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation vor Augen und machte auf die Rechte und Pflichten der Mitglieder aufmerksam. Indem er noch auf die neuen statistischen Bestimmungen hinwies, gab er einen lichtvollen Ueberblick über die wichtigsten Bestimmungen des Statuts, und ermahnte vor allem, im eigenen Interesse sowie auch in dem des Kassierers stets pünktlich in der Beitragsleistung zu sein. Dann statete er dem seitherigen Vertrauensmann Siebritts Dank für seine Bemühungen für das Zustandekommen der Zahlstelle ab. Als Zeichen der Zustimmung erhoben sich die Mitglieder von ihren Plätzen.

Am den mit Beifall entgegengenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion, in welcher der gute Wille der Mitglieder zum Ausdruck kam, namentlich eifrig für den Bestand und das Anwachsen der Zahlstelle sorgen zu wollen.

Als Bevollmächtigter wurde Siebritts, als Kassierer Matthey und als Schriftführer Buchkämpfer gewählt. Als Delegierter zum Gewerkschaftsstatell fungiert der Bevollmächtigte.

Da die Zeit mittlerweile sehr vorgechritten war, fand die Versammlung nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Groenhoff mit einem dreifachen Hoch auf die Zahlstelle Ferlohn ihren würdigen Abschluß. Die Kollegenchaft unserer Stadt wird nun hoffentlich nicht mehr länger säumen, sich der Organisation anzuschließen, um so mehr, da selbst unter der Vertrauensmannschaft man schon imstande war, verschiedene Mißstände zu beseitigen, Verschlechterungen abzuwehren und tatkräftig die Rechte der Mitglieder zu vertreten. Dieses wird bei einer gefestigten Zahlstelle noch weit mehr der Fall sein. Darum, Kollegen von Ferlohn, erkennt Euren Vorteil und schließt Euch an.

Dorn. Zu Beginn dieses Jahres war die Rheinische Geschäftsbücherfabrik (H. Fassmer) in Dorn gesperert worden. Den Grund hierfür bildete das rigorose Vorgehen des damaligen Geschäftsführers. Wie uns nunmehr mitgeteilt wird, hat die Geschäftsleitung diesen Herrn entlassen und sich überhaupt unserem Bevollmächtigten gegenüber in sehr kulanter Weise ausgesprochen, so daß zu erwarten steht, daß die Klagen über diese Firma sich nicht wiederholen, zumal uns die Zusicherung wurde, daß die Firma bemüht sein werde, etwaigen Klagen ihres Personals Gehör zu schenken und, wenn nötig, Abänderung zu schaffen.

Darmstadt. Unsere Darmstädter Kollegenchaft ist nunmehr ebenfalls in eine Lohnbewegung eingetreten und hat die aufgestellten Tarife an die in Betracht kommenden Firmeninhaber abgesandt. Antworten sind bis zur Stunde noch nicht eingetroffen. Nur das Papierhaus Elbert hat unseren Tarif anstandslos bewilligt. Im übrigen hat es den Anschein, als wenn wir hier auf ganz erheblichen Widerstand stoßen würden. Doch ist sich die hiesige Kollegenchaft bewußt, daß ohne Kampf nichts zu erreichen sein wird. Im allersten Augenblick zu oben genannter Firma steht die Firma Sonnenthal. Hier ist nur ein Kollege beschäftigt, und zwar nahezu 7 Jahre. Er bezieht den horrenden Lohn von 23 Mark pro Woche, desgleichen ein Vergolder, welcher annähernd 30 Jahre dort tätig ist. Weiter beschäftigt die Firma noch zwei Vergolder. Ein gemeinsames Vorgehen dieser Personen wurde beantragt, und war die Folge, daß jetzt alle zusammen „gehen können, wenn es ihnen nicht paßt“. Da sich die

Firma alle Verhandlungen verbieten hat, werden die Betroffenen nunmehr in Kündigung treten.

Bemerkt sei noch, daß die Firma Sonnenthal nach neuen Arbeitskräften sucht. Wir ersuchen jedoch, auf Vorstehendes aufmerksam zu machen und Zuzug nach hier strengstens fernzuhalten.

Berlin. Ueber „Ziele und Bestrebungen der Gewerkschaften“ referierte am 7. Oktober in einer Versammlung der Galanteriebranche der Verbandsvorsitzende Kloth. Daß die trefflichen Ausführungen allgemeinen Anklang gefunden hatten, ging aus dem reichen Beifall hervor, mit dem die Versammelten den Redner belohnten.

Die vor einem halben Jahre gewählte Tarifkommission wurde durch Versammlungsbeschluß aufgelöst, da die Ausarbeitung von Spezialtarifen mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, und sich ein großer Teil der Tarifkommissionsmitglieder ihrer Aufgabe nicht gewachsen fühlten. Es soll nun der Agitationskommission überlassen bleiben, einen Lohn- und Akkordtarif auf allgemeiner Grundlage auszuarbeiten. In die Kommission zur Revidierung des Ortsstatuts wurden die Kollegen Voigt, Perß, Schubert, Zahn und die Kollegin Krüger gewählt. Der Appell des Brandenleiters Voigt für eine rührige Agitation wurde jeden Kollegen und jede Kollegin veranlassen, seine Kräfte dafür einzusetzen, daß wir auch in der Galanteriebranche bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen.

Berlin. Zur Tarifbewegung der Berliner Stützarbeiter. Am 10. Oktober trat das Einigungsamt wieder zusammen, um nun auf Grund der am 8. Oktober von der Arbeiterschaft aufgestellten Forderungen eine Einigung der Parteien herbeizuführen. Diese Bemühungen blieben jedoch erfolglos. Das Einigungsamt fällt daher nach nahezu fünfstündiger Beratung folgenden Schiedsspruch:

1. Die Arbeitszeit sämtlicher in den Berliner Stützfabriken beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge beträgt täglich 9 Stunden. Sonnabends jedoch nur 8 Stunden.

2. Gelernte Stützarbeiter erhalten vom Tage der Vertragsvollziehung ab bis zum 30. September 1908 einen Mindeststundenlohn von 52 Pf. Vom 1. Oktober 1908 ab einen solchen von 53 Pf. und vom 1. Oktober 1909 ab einen solchen von 54 Pf. Arbeiter, die bisher in einem der Stützbranchen verwandten Berufe, wie Buchbinderei, Lugsuspapier-, Kartonmagern-, Galanterie- oder Portefeuilleindustrie tätig waren, werden im ersten Jahre ihrer Tätigkeit in der Stützbranche nach Vereinbarung entlohnt und erhalten nachdem die Mindestlohnhöhe der Stützarbeiter.

Stützfachler und Kartuzschneider erhalten einen Mindestlohn von 55 Pf. vom 1. Oktober 1908 ab einen solchen von 56 Pf. und vom 1. Oktober 1909 ab 57 Pf. pro Stunde.

3. Sämtliche Arbeitnehmer erhalten zu ihren bisherigen Löhnen eine Zulage im ersten Jahre von 5 Proz., im zweiten Jahre von weiteren 2 Proz., und im dritten Jahre von noch weiteren 2 Proz.

4. Es wird lediglich die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt.

5. In Werkstätten, in denen günstigere Arbeitsverhältnisse zurzeit bestehen, als die in diesem Vertrage festgeschriebenen, sollen diese Arbeitsbedingungen auch fernerhin Gültigkeit behalten.

6. Die Regelung der in diesem Schiedsspruch nicht berührten Streitfragen wird den Parteien zur schleunigen Entscheidung überlassen.

7. Die Vertragsdauer wird auf drei Jahre festgesetzt.

Den Vertretern der Parteien wurde aufgetragen, dem Gewerbegericht innerhalb acht Tagen mitzuteilen, ob der Schiedsspruch angenommen ist. Erfolgt eine Mitteilung nicht, so wird daraus geschlossen, daß er abgelehnt sei.

Nach am Abend desselben Tages nahm die Arbeiterschaft in öffentlicher Versammlung zu diesem Schiedsspruch Stellung. Eine heftige Opposition machte sich gegen denselben geltend. Die Mitglieder der Lohnkommission traten warm für Annahme des Schiedsspruchs ein. Die Abstimmung, die eine geheime war, und an der sich die Kollegenschaft, die bei Firmen beschäftigt sind, mit denen ein Vertragsverhältnis bereits eingegangen war, nicht beteiligte, ergab 86 Stimmen für Annahme des Schiedsspruchs und 19 Stimmen dagegen.

Am nächsten Tage stimmte auch die Arbeitgeberchaft dem Schiedsspruch zu; am 14. Oktober kamen die Vertreter beider Parteien zusammen, um die im Punkt 6 des Schiedsspruchs noch offen gelassenen Streitfragen zu erledigen. Nach mehr als fünfstündiger Verhandlung konnte auch darin eine Einigung erzielt und der neue Vertrag unterzeichnet werden.

Jena. Ein liebes, freundliches Mädchen ist es, welches heute als Provinzfräulein — nach Verwandtschaft — ein Zeichen von seiner kleinen Existenz

geben möchte. Nicht durch ödes Hinplappern von Versammlungsberichten, sondern durch einen Überblick der allgemeinen Lage will es sich bemerkbar machen.

Kommt so ein armer Teufel von Buchbindergele auf Schusterstapfen hier angetrabi, dann entdeckt er in den alten, winnigen Straßen und Gassen vierzehn zum Teil recht wohlgenährte, echte, brave Innungsmeister. Seine Umfrage nach Arbeit ist vergeblich, denn hier ist nichts und da ist nichts. Die armen lieben Meisterlein haben ja jetzt selber Ferienzeit; ein Griff zwischen das Kupfergeld, ein Händedruck und — Ab. Ein Teil von ihnen hat ja kaum einen Gefellen gesehen, geschweige denn selbst gehabt. Wozu sind auch die jungen Leute da; sie wollen alle etwas lernen, sie kosten nichts, man b—ildet sie aus, und sie bringen doch noch etwas ein.

Doch einige der Herren Meister sind immerhin mit Arbeit und dementsprechend auch mit Gehältern versehen, von denen ein Teil dem Verbandsangehören. Der Herr Innungsoberr beschränkt neben einigen Lehrlingen eine treue Seele von Nachkollegen. Die Jugendorganisationen der Arbeiter sind dem Herrn Obermeister ein Dorn im Auge; er möchte die Lehrlinge in Jünglingsvereinen durch Abendübungen geistig heben, und sie so zu geeigneten Ausbildungsobjekten erziehen.

Ein sehr energischer Herr ist ein ehemaliger Verbandskollege. Er ist ein Freund des Sprichwortes: „Arbeit macht das Leben süß usw.“ Wertützig arbeiten kann, hat dort fast immer Gelegenheit, sein Erdendasein für einige Wochen zu fristen.

In den für uns in Frage kommenden Bundeskreisen sind immer einige organisierte Kollegen beschäftigt. Sie sind ein strenges Kommando gewöhnt und fliegen auch des öfteren einmal. Doch sieht sich die Sache meistens etwas gefährlicher an, als sie in Wirklichkeit ist.

Das Gros der organisierten Kollegen stellt die Buchbindereibildung der weltbekannten optischen Fabrik der „Carl Zeiß-Stiftung“. Diese ist das Alpha und Omega von Jena, indem jährlich Tausende von dieser Firma für öffentliche Bauten und zu gemeinnützigen Zwecken ausgegeben werden, so daß das kleine Jena vieles vor mancher Großstadt voraus hat.

Doch sehen wir uns einmal die 1600 Arbeiter der oft genannten Firma etwas näher an. Diese setzen sich aus allerlei Elementen verschiedener Berufe zusammen. Neben offenen, geraden, ehelichen Arbeitern sehen wir eine ganze Anzahl Streber, Spießer und noch andere Vertreter. Die Gewerbetreibenden kämpfen um ihr Dasein gegen die immer stärker werdenden Gewerkschaftler; zu wem letzteren auch unsere Berufsangehörigen zu rechnen sind. Nur einige von diesen halten es unter ihrer Würde, dem Verband anzugehören.

Neben einem auskömmlichen Verdienst haben die dort Beschäftigten eine achtfünfstündige Arbeitszeit, Gewinnbeteiligung, Ferien und noch vieles andere. Aber was ein Ernst Abbe erstrebte und statutarisch festlegte, wird neuerdings durch seine Nachfolger in die kapitalistische Form ungeprägt und durch Behauptungen illusorisch gemacht. Das Meisterstystem wird immer mehr ausgebaut und dadurch die Harmonieduselei und das Strebertum gefördert. Die Akkordsätze werden möglichst herabgedrückt, so daß die Arbeitskraft mehr und immer mehr angepannt werden muß, um den alten Verdienst möglichst zu erhalten. Für die billige Frauenarbeit wird eifrig Propaganda gemacht. Gar manche Vertreterin vom schönen Geschlecht hat in letzter Zeit ihren Einzug bei „Zeißens“ gehalten, um neben ihren männlichen Kollegen gleiche Werte für geringeren Lohn zu schaffen. So läßt sich vieles berichten, was nicht in der Absicht des Gründers der Stiftung lag. Die Ideen dieses Mannes verwirklichen sich wohl erst später, wenn alle Arbeiter denken und handeln gelernt haben, wenn die Arbeiterpartei das Banner der Gleichheit und der Brüderlichkeit siegreich entfaltete.

Um speziell unsere Kollegen nicht zu kurz kommen zu lassen, seien auch ihnen noch einige Zeilen gewidmet.

Das Versammlungsleben am Ort ist ein ungeliebtes. Ein gleichgültiges Wesen, namentlich der älteren Mitglieder, macht es den Vertrauenspersonen schwer, ihr Amt mit Lust und Liebe zu versehen. In den ersten Jahren des elfjährigen Bestehens der Zahlstelle war wohl mehr Leben und Zusammenhalt. Möge dies in Zukunft wieder der Fall sein. War die Mitgliederzahl von kleinen Anfängen durch rege Agitation auf 28 gestiegen, so ist jetzt leider durch mißliche Verhältnisse wieder ein Rückgang zu verzeichnen. Die Kollegen der Firma Zeiß haben unter einer augenblicklichen Krise zu leiden; verkürzte Arbeitszeit und teilsweise Entlassungen sind die Folge davon. Mögen die dadurch betroffenen Kollegen das kleine Jena immer im freundlichen Andenken bewahren und sich die fröhlichen Stunden auf der

„Höhe“ oder bei „Mädchen“ des öfteren in die Erinnerung zurückrufen.

Nach der Zusammenkunft im „Löwen“ sei gedacht. Eine kleine Zahlstelle hat ja keine Kardinalfragen zu verhandeln; immerhin gab's in diesem Jahre etwas mehr Stoff wie sonst.

Der Goutag in Gera gab Anlaß zu regem Meinungsaustausch; einige Anträge wurden von unserem Delegierten mit dem nötigen Nachdruck vertreten. Der Verbandstag beschäftigte verschiedene Sitzungen und brachte die Berichterstattung selbst die lässigsten Versammlungsbesucher auf die Beine. Die einschneidenden Änderungen wurden lebhaft debattiert und wurde die Regelung der bekannten Streitigkeiten begrüßt. Das neu geschaffene Arbeitersekretariat der vereinigten Gewerkschaften brachte uns einen Lokalschlag; auch sonst gab das Gewerkschaftstarell viel Stoff zu den Versammlungen.

Würden sich die Kollegen am Ort den Obliegenheiten des Verbandes mit mehr Lust hingeben, so könnte noch manches Ersprießliche für denselben geleistet werden. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bedürfen einer gründlichen Remedur. In den kleinen Betrieben herrscht immer noch eine zehnstündige Arbeitszeit, auch muß das lästige Kost- und Logiswesen möglichst beseitigt werden. Der Lohn, welcher bis auf 14 Mk. heruntergeht, ist nicht mehr zeitgemäß, und die Lehrlingsfrage bedarf schon lange einer Regelung. Einige Kollegen und Kolleginnen müssen noch mit den Vorleien des Verbandes bekannt gemacht werden, so daß am Ende für jedes Mitglied ein Stück Arbeit übrig bleibt, für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der hiesigen Kollegen mitzuwirken, und so eine freie, tatkräftige Kollegenchaft heranzubilden.

Rundschau.

Fachausstellung Berlin 1908. Man schreibt uns hierzu: Man hört heutzutage so oft von einer Ausstellungsmüdigkeit reden. Auch die Antworten auf die Anfragen wegen einer zukünftigen Berliner Weltausstellung beweisen diese Anlauf, sich an Ausstellungen zu beteiligen. Gewiß, man ist im allgemeinen wirklich ausstellungsmüde, aber nur im beschränkten Sinne. Man ist ausstellungsmüde in Hinsicht auf die stattgefundenen, alle industrielle und gewerbliche Branchen umfassenden großen Industrie- und Gewerbeausstellungen, weil die dort aufgewendete Mühe und Kosten in keinem Verhältnis zu dem geringen Nutzen standen.

Ganz anders ist es aber mit den sogenannten Fachausstellungen, die eine oder nahe verwandte Branchen umfassen. Hier kann man seit längerem schon sogar von einer zunehmenden Ausstellungsfreudigkeit sprechen. Auch die Handels- und Gewerbetreibenden haben dies erkannt, und seit längerem schon weisen sie die betreffenden Kreise auf den hohen Nutzen solcher speziellen Fachausstellungen immer und immer wieder hin.

Deshalb wurde auch von allen beteiligten Kreisen des Papier- und Buchgewerbes die von der Berliner Buchbinder-Innung vom 2. bis 17. Mai 1908 in den Gesamträumen der Philharmonie, Berlin, Vernburgerstr. 22/23 zu veranstaltende Fachausstellung der Papier- und Lederwaren-Industrie, Buchbinderei und verwandte Berufe, verbunden mit einer Maschinen- und Material-Ausstellung mit lebhafter Freude und Genehmigung begrüßt. Bietet sich ja diesen Branchen seit 4 Jahren das erste Mal wieder Gelegenheit, die Neuerungen, Fortschritte und Neuschöpfungen den Interessenten vor Augen führen zu können. Wie groß das Interesse in allen beteiligten Kreisen jetzt schon ist, beweist, daß nicht nur die sogenannten großen, führenden Firmen ihre Anmeldung bereits jetzt schon eingereicht haben, nein, auch mittlere und kleinere Firmen, die sonst sich Ausstellungen gegenüber sehr zurückhaltend zeigen, haben ihre Beteiligung an der Ausstellung auch bereits zugesagt. Die Berliner Buchbinder-Innung ist zu beglückwünschen, daß sie die Veranstaltung einer solchen Ausstellung in die Wege geleitet hat, denn es ist jetzt schon zu sagen, daß etwas Großes an dieser Ausstellung sein wird. Auch die Lage des Ausstellungsgeländes ist eine ganz vorzügliche. In allennäher Nähe des Anhalter und Potsdamer Bahnhofes gelegen und von allen Gegenden Berlins bequem zu erreichen, bietet sie auch hierdurch die Gewähr, eine starke Besucherzahl zu erreichen.

Der Streik bei Preuß u. Co. in Leipzig. Zum Stande dieses Streiks wird uns geschrieben:

Ueber den Streik bei der Firma Preuß u. Co., Leipzig-Anger Maschinenfabrik, zirkulieren die verschiedensten Gerüchte. Zur Steuer der Wahrheit nur einige Worte: Die Kollegen befinden sich seit dem 24. September im Kampf um einen Anfangslohn von 36 Pf. pro Stunde, ein Betrag, der so niedrig ist, daß es fast allen aufgeklärten Arbeitern

nur ein Lächeln abzwängt. Durch das feste Zusammenhalten der streifenden Kollegen (193 Mann) sieht sich die Firma veranlaßt, überall Arbeitswillige anzulocken. Die Agenten Cordt und Engelhardt (Kassierer und Techniker) und drei stehengebliebene Monteur bereisen Sachsen und Thüringen, um die Buchbinderei zu verteidigen und Mauerbrecher zu gewinnen, jedoch meist ohne Erfolg. Wir eruchen alle organisierten Buchbinder und Arbeiterinnen, um ihre moralische Unterstützung zu gewähren. Liebt Solidarität!

Leipzig, Deutscher Metallarbeiterverband.
Die Streikleitung.

Die erhöhten (!) Buchbinderlöhne sind schuld, daß — das antike bayerische Eisenbahnbuch in Preise von 50 auf 60 Pf. erhöht wurde. Begründet wurde diese Preiserhöhung außer mit den gesteigerten Löhnen auch damit, daß auch andere Verkehrsverwaltungen des Deutschen Reiches denselben Schritt getan haben. Die hohen Buchbinderlöhne haben also die Eisenbahnen ganz ernstlich gefährdet und die Buchbinder merken von diesem drohenden Umsturz nicht einmal etwas.

Bayerische Verkehrsbedienstete als Buchbinder. Kürzlich gaben wir im Wortlaut eine Verfügung des bayerischen Verkehrsministers wieder, welche zur Sparsamkeit in Ausgaben für Buchbinderarbeiten aufforderte. Nicht vollbeschäftigte Bedienstete sollten zum Festen und Broschieren weniger wertvoller Drucksachen verwendet werden, um die Löhne für Buchbinder zu ersparen. Diese Verfügung scheint bei den amtlichen Fernregionen der unteren Beamtenregionen weitgehendstes Verständnis gefunden zu haben. In Regensburg wandte sich ein Handwerksmeister an die Oberpostdirektion wegen allzu ausgiebiger Befolgung der ministeriellen Verfügung, sind doch sogar verabschiedet Hilfsmaschinen angeschafft worden. Daß die Verkehrsanstalten hier gleich ganze Arbeit machten,

zeigt, daß selbst — drei Schneider bei Bewältigung dieser gelegentlichen Buchbinderarbeiten verwendet wurden.

Bei den Verkehrsanstalten wird lebhaft über den Mangel an diensthabenden Angestellten geklagt, was regelmäßig Verzögerung der Eisenbahnzüge und gänzlich unzureichende Bewältigung von außergewöhnlichem Verkehr zur Folge hat. Zu gleicher Zeit sind die Bediensteten mit Buchbinderarbeiten beschäftigt.

**Abrechnung
der Lohnbewegung der Kartonnagen-Branche in
Annaberg-Buchholz.**

Streit vom 31. August bis 2. September 1907.

Einnahmen:

Von den laufenden Beiträgen erhalten . . . 329,21 Mk.

Ausgaben:

Für 46 Verheiratete 84 Tage 146,— Mk.

Für 73 männliche Ledige 125 Tage 171,70 "

Strafbefehl, Versammlungs-Anmeldung
betreffend 6,10 "

Porto und Schreibmaterial 5,41 "

Summa 329,21 Mk.

Anton Mißbach, Bevollmächtigter.

Franz Müller, Kassierer.

Revidiert am 29. September 1907.

E. Pfütze.

Abrechnungen

zum dritten Quartal gingen bis zum 15. Oktober bei der Verbandskasse ein: Von Braunschweig mit — Mk., Darmstadt 118,61 Mk., Dessau 25,00 Mk., Eisenach — Mk., Elberfeld 350,— Mk., Freiburg

100,— Mk., Gmünd 36,67 Mk., Görlitz 10,— Mk., Gößnitz 27,65 Mk., Hagen — Mk., Jena — Mk., Kaufbeuren 220,71 Mk., Kiel 75,— Mk., Konstanz — Mk., Langensalza — Mk., Lübeck 87,54 Mk., Nürnberg 1161,88 Mk., Offenbach 250,— Mk., Schwerin 60,— Mk., Tilsit 194,26 Mk., Ulm — Mk., Weimar 21,12 Mk., und von Zeitz mit 141,25 Mk.

E. Saucien.

Adressenänderungen.

Gaubevollmächtigte.

Gau VIII. Vertrauensmann für Detmold: C. Drieselmann, Friedrichstr. 13; für Osnabrück: G. Lethaus, Marienstr. 11, part.

Vertikale Bevollmächtigte.

Dessau: W. Feistel, Moritzstr. 3, part.
Bremerhaven: R. Gierth, Sehe, Rutenbergstraße 10, II.

Potsdam-Nowawes: P. Lange, Potsdam, Burgstraße 1.
Danzig: P. Engels, Schillich, Karthäuserstraße 86, part.

Unterstützungs-Anzahler.

Nürnberg: S. Friedrich, Gewerkschaftshaus, abends von 7—8 Uhr, Sonntags von 11—12 Uhr. M. 22 Mk. Az. 9—9½ Stb. H. Gewerkschaftshaus (Historischer Hof), Neue Gasse.

Bremerhaven. Z. R. Gierth, „Norddeutsche Volksstimme“, Am Hafen 49, Hinterhaus part. Von 2—3 Uhr. Az. 9—9½ Stb. Ml. 24 Mk. L. U. H. Gasthof zur Eiche, Langestraße.

Lübeck: Z. Albert Sommerauer, Krähenstraße 13, III, von 1—2 Uhr und von 7—8 Uhr.
Danzig: H. Lenz, Langfuhr, Hauptstr. 92, part., nachmittags von 5 Uhr ab.

ANZEIGEN

BERLIN

Donnerstag, den 24. Oktober 1907, abends 8 Uhr,

General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Bericht vom Verbandstag.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

NB. Die Billets vom „Guten Montag“, der Urania-Vorstellung und dem Kabarett-Abend müssen bis zum 23. Oktober abgerechnet sein.

D. D.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Unserem lieben Kollegen
Franz Schmorte
und seiner Braut
Frl. Elisabeth Schacht
zur Vermählung die besten Glückwünsche!

Unserem lieben Kollegen
Robert Deike
zu seiner Abreise ein herzliches Lebewohl!
Zahlstelle Kiel.

Goldschnittmacher

Zum schnellsten Antritt wird ein tüchtiger Goldschnittmacher, der möglichst auch mit anderen Buchbinderarbeiten vertraut ist, gesucht. Offerten mit Lohnforderungen erbeten. E. Revision jun., Papierwarenfabrik, Kopenhagen.

Etuismacher

auf **Schmuck-Bestecketuiss** in dauernder Stellung suchen sofort
Gottschalk & Cie., Etuis-Fabrik, Kreuzlingen.
2,—
Offerten nach Konstanz, Postfach 76.

**Tüchtiger
Etuisarbeiter**

sucht eine gute und dauernde Stelle. Offerten unter **D. J. 586** an die Expedition der „Buchbinder-Zeitung“ erbeten.

Ein Laden

mit Werkstelle und Wohnung in der Nähe einer großen Schule, für Buchbinder sehr passend gelegen, ist per 1. Oktober 1907 oder später in Umbau in Sachsen preiswert zu vermieten.
Näheres **Löbau i. S.,** Menjere **Wanzenstr. 9, I.** [2,70]



NEUI

Wellenzieher

NEUI

mit welchem der Marmorierer jede gewünschte Welle auf dem Marmoriergrund mit Leichtigkeit herstellen kann.
Preis mit Gebrauchsanweisung 1,10 Mark franko.

Paul Szigris, Marmorierlehrer,
Größtes Spezialgeschäft in Marmorierfarben und sämtlichen Marmorier-Utensilien usw. — en gros und detail.
Telephon 10 783. Leipzig, Thalstr. 1. Telephon 10 783.

Ausgießmasse

Dient zum **Ausgießen** gefetzter Titel oder aus Garnituren zusammengestellter Grabüren. Bei strengster Farbe und schnellstem Arbeiten **kein Veranzersitzen** der Buchstaben möglich. Große Zeitersparnis. Preis per Kilo **2,50 Mk.**, 1/2 Kilo **1,25 Mk.** Siebtopf **70 Pf.**
Zu beziehen durch: [4,—]

Albert Unglisch,

Leipzig-Rendnitz, Karolast. 7II.

Bogensätze, Fileten, Rollen, Stempel, Schriftensätze liefert in bester Art [1,50]
F. Klement, Leipzig, Seeburgstr. 36.

Inserate finden nur **Aufnahme** wenn ihnen der Betrag **beigefügt** ist.

Einblendungen für die Zeitung sollen bis spätestens **Dienstag** früh in den Händen der Redaktion sein, nur kleinere Zuschriften und Inserate können bis **Dienstag** Abend Berücksichtigung finden.

Kostenfreier

Arbeitsnachweis für Buchbinder

O. Th. Winckler
Leipzig

Seeburgstrasse 47

Papier- und Lederwaren
Buchbindereibedarf

Einrichtungen

für Laden und Werkstatt
zu günstigen Bedingungen